KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
17. DEZ. 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 49.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 2. bis 8. Dezember 1910.

Posen, den 13. Dezember 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 279 des Orędownik, Posen vom 6. Dezember 1910:

Die Reisener Schande.

Die Presse hat s. Z. über die Reisener Angelegenheit viel und scharf geschrieben. Man drückte den verstorbenen Fürsten Sulkowski und seinen juristischen Ratgeber, den Abgeordneten v. Dziembowski, ferner den Grafen Wodzicki aus Galizien und seinen Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, Abgeordneten zum Wiener Reichsrat, deshalb an die Wand, weil sie einen Familienschluß mit der preußischen Regierung herbeigeführt hatten, kraft dessen die Erben des Fürsten Sulkowski — vor allem Graf Wodzicki — den Anrechten auf das Reisener Majorat entsagt und dafür seitens der Regierung 4 Millionen Mark zugesichert erhalten haben. Die Angegriffenen verteidigten sich damit, daß die Erben des Fürsten Sulkowski als allzu entfernte Verwandte den Prozeß mit der Regierung um das Majorat verlieren würden, weshalb es besser sei, sich mit der Regierung zu vergleichen. Man antwortete darauf: Wie kommt es, daß die Regierung zur Zahlung von 4 Millionen bereit ist, wenn sie auch ohnedies beim Tode des Fürsten Sulkowski Reisen erhalten würde.

Auch hier war es auf keine Weise möglich, die Wahrheit zu erfahren. Je mehr man den Abg. von Dziembowski an die Mauer drückte, desto mehr drehte er sich heraus, schützte er das „Anwaltsgeheimnis" vor und versprach er „seiner Zeit", eine genaue Aufklärung veröffentlichen zu wollen; aber auf diese Aufklärung wartet die Volksgemeinschaft vergebens.

Die Presse verstummte fürs Erste; denn sie wollte den Ausgang des Prozesses abwarten, den einige Verwandte des Fürsten Sulkowski, die Grafen Potocki aus Russisch-Polen angestrengt hatten. Diese hatten beschlossen, die Sache durch alle Instanzen zu treiben. Dieser Tage hat das Reichsgericht das Endurteil, und zwar zu Ungunsten der Grafen Potocki gefällt. Das Reichsgericht stellte sich auf den Standpunkt des Oberlandesgerichts in Posen, welches erklärt hatte, nach seiner Überzeugung habe der Testator Fürst August Sulkowski im Jahre 1788 nur die erste und zweite Generation der Grafen Potocki als zum Beitritt zum Majorat berechtigt im Sinne gehabt, während in Wirklichkeit dieser Beitritt erst in der dritten Generation erfolgt sei. Das Oberlandesgerichts hatte dahin erkannt, daß der Wortlaut des Majoratsaktes für die Grafen Potocki spreche, es kombinierte jedoch einen angeblichen Willen des Testators aus dem ganzen Zusammenhang.

Hauptsächlich hat der Regierung das Gutachten des Professors des römischen Rechts, Kipp aus Berlin, die Sache erleichtert. Kipp legte der Regierung geschickt die Möglichkeit einer solchen Deutung des Majoratsaktes nahe. Dieses Gutachten ist nicht auf Veranlassung der Regierung herbeigeführt worden, sondern auf Bestellung seitens des Rechtsanwalts Löwenfeld in Berlin, welcher den Grafen Anton Wodzicki, Mitglied des österreichischen Herrenhauses und dessen Beistand, den neu geadelten Dr. Nathan Löwenstein, Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat vertrat.

So ist also schon festgestellt, daß das Geschick Reisens der Graf Wodzicki nebst seinem Sohn und nebst seinem polnischen und deutschen jüdischen Anwalt auf dem Gewissen haben. Die rechtschaffene polnische öffentliche Meinung Galiziens sollte auf die widerwärtige Arbeit des hochadligen Schacherers und des jüdischen Abgeordneten Löwenstein eine solche moralische Antwort geben, daß diese beiden Herren bis zum Grabe an sie denken.

Aber damit nicht genug! Wir fragen: Was wird jetzt der Abg. v. Dziembowski der Volksgemeinschaft sagen? Schon ist die Geduld derselben endgültig zu Ende. Die Volksgemeinschaft muß erfahren, welches das Verhältnis des Abgeordneten v. Dziembowski zur Reisener Schande ist.

Und indes werden die Millionen werte Reisener Güter der Ansiedlung verfallen. Braucht die Regierung angesichts einer solchen Schacherei zu enteignen? Wir enteignen uns selbst. Scham, Scham und Schande!

Aus Nr. 279 des Kurjer Poznański (Posen) vom 6. Dezember 1910:

In der Reisener Angelegenheit

sind trübe Momente, die allem Anschein nach niemals an die Öffentlichkeit gelangen werden, doch es gibt auch andere zugängliche und faßbare, und das dieser Art, daß sie nicht nur unserer hiesigen, sondern auch der ausländischen polnischen öffentlichen Meinung zur Kenntnis gebracht werden müssen.

Die Frage des Verhältnisses der Regierung bzw. des Justizministers zu den Gerichtsinstanzen wird wo anders zur Sprache gebracht werden. — Im preußischen Landtage werden die kompetenten Faktoren erstaunliche Sachen vorbringen. — Ihre Besprechung schieben wir daher bis zur Landtagsdiskussion auf.

Dagegen müssen wir uns diese unsere „Landsleute", die bei der Verschacherung Reisens eine hervorragende Rolle gespielt haben: den verstorbenen Fürsten Anton Sulkowski, den Grafen Wodzicki aus Galizien und den Grafen Heinrich Potocki aus Russisch-Polen näher ansehen. Fürst Anton Sulkowski, dessen Charakteristik mir wohl kein einziges Wort zu widmen brauchen, benötigte im Jahre 1892 ein Darlehn und erlangte schon damals die Erlaubnis zur Aufnahme einer landschaftlichen Amortisation. Die Familie Potocki, welche darin schon den ersten Schritt der Regierung zum gesteckten Ziel erblickte, wollte schon damals um Reisen einen Prozeß anstrengen. Fürst Sulkowski beschwor die gräfliche Familie Potocki, damit doch noch vorderhand zu warten und versprach,

die Kosten des späteren Prozesses auf sich zu nehmen. Die Klage wurde wie bekannt, im Jahre 1900 anhängig gemacht.

Indes beschloß Fürst Sulkowski schon im Jahre 1907, das Majorat Reisen der Regierung für 4 Millionen Mark zu überlassen. Das Geld sollten seine Verwandten Graf Wodzicki und Graf Heinrich Potocki erhalten. Wieviel Fürst Sulkowski selbst daran verdient hat, das wissen wir nicht genau.

Nun können wir zur Rolle des Grafen Anton Wodzicki, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, übergehen. — Im Dokument vom 25. Juli 1907 stellte das Provinzialschulkollegium fest, daß Graf Anton Wodzicki an dasselbe mit einem Einigungsvorschlag herangetreten sei: „Fürst Sulkowski sei zum Familienvertrag und unbeschränkter Abtretung des Majorats an den Fiskus bereit".

Es begannen die Unterhandlungen, die im Jahre 1908 zu einem Abkommen zwischen dem Fiskus und dem Fürsten Sulkowski, dessen Gattin, dem Grafen Wodzicki und Grafen Heinrich Potocki führten. Dieses Abkommen enthält folgenden Absatz: „Die Fürstin, wie auch die Grafen Potocki und Wodzicki versprechen nichts zu unternehmen, was das Zustandekommen des Familienvertrags erschweren oder dessen Rechtsgültigkeit in Frage stellen könnte. Graf Heinrich Potocki unterzeichnete dieses Dokument durch seinen Bevollmächtigten, Graf Wodzicki persönlich. Das Versprechen wurde heilig gehalten; — der Familienvertrag kam zustande.

Doch damit enden nicht die Verdienste, besonders nicht die des Grafen Wodzicki. Im gegenwärtigen Prozeß stützte sich das Gericht auf das 90 Seiten lange Gutachten des Professors Kipp aus Berlin. Das Gutachten des Prof. Kipp ist nicht auf Wunsch der Regierung, sondern auf Bestellung des Rechtsanwalts Leowenfeld aus Berlin, der Vertreter des Grafen Wodzicki war, und dessen Gehilfen, den frisch geadelten Dr. Nathan Leowenstein aus Lemberg, Abgeordneten zum österreichischen Staatsrat, gemacht worden.

Was den Grafen Heinrich Potocki aus Russisch-Polen anbetrifft, so muß anerkannt werden, daß er sich zwar persönlich nicht engagierte, in jedem Falle sich aber mit der Tätigkeit des Grafen Wodzicki einverstanden erklärte, indem er letzteren finanziell unterstützte.

Schließlich interessiert — besonders die Gesamtheit unseres Anteils — in der Reisener Angelegenheit die Rolle des Abgeordneten Dr. von Dziembowski, des Rechtsbeistandes des Grafen Wodzicki. Der Abgeordnete Dr. von Dziembowski wird jetzt zweifelsohne das Wort ergreifen, und das in einer deutlicheren Weise, als es bisher geschehen ist. Bisher verschanzte sich Dr. von Dziembowski immer hinter sein „Amtsgeheimnis" und versprach „seinerzeit" alles aufzuklären. Die Geduld der Gesamtheit hat schon ihre Grenzen erreicht. Sobald Herr Dr. von Dziembowski eine genauere Aufklärung abgegeben haben wird, werden auch wir unsererseits seine in der Reisener Angelegenheit gespielte Rolle einer Kritik unterziehen.

Die Tatsache bleibt bestehen: Die Millionengüter werden kolonisiert. Die Regierung weiß, warum sie an die Enteignung der Polen nicht heranzutreten braucht. Indes belehrt Graf Wodzicki von der Höhe seiner Würde herab die Gesamtheit, wie sie die Grunwaldfeier nicht begehen, und wie sie auf der Wacht ihrer nationalen Würde und ihrer nationalen Gesundheit stehen sollte. . . . . .

Aus Nr. 281 des Dziennik Poznański (Posen) vom 8. Dezember 1910:

Wir erfahren, daß die

Reisener Sache

ungeachtet des Leipziger Urteils entschieden noch nicht zu Ende ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird nämlich die Bialaer Linie der Fürsten Sulkowski in kurzem auf Herausgabe des Majorats Reisen, auf welches sie ernste Anrechte besitzen soll, klagbar werden. Diese Linie leitet ihren Ursprung vom Fürsten Franz Sulkowski, einem jüngeren Bruder des Fürsten August, des Stifters des Majorats, her. Natürlich ist schwer vorauszusehen, welchen Ausgang dieser Prozeß haben wird. Jedenfalls kann der Streit um Reisen vielleicht noch lange fortdauern.

Aus Nr. 277 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 6. Dezember 1910:

Die Verschacherung Reisens.

Im Anschluß an eine Notiz über die Entscheidung des Reichsgerichts in der Reisener Angelegenheit bemerkt der Dziennik Bydgoski folgendes:

„Eine solche Mitteilung finden wir im Dziennik Poznanski, der diese unermeßlich wichtige Angelegenheit in einer Art und Weise behandelt, als ob es sich hier um eine kleine Wirtschaft handelt und nicht um 34000 Morgen polnischen Bodens.

Unsere Leser werden sich schwerlich der Geschichte dieser Angelegenheit entsinnen, in welcher der Abgeordnete von Dziembowski eine so hervorragende Rolle gespielt hat. Zunächst haben der Abgeordnete von Dziembowski und der Fürst Sulkowski gemeinsam den Zeitungen vertraulich mitgeteilt, daß die Regierung sicherlich Reisen an sich nehmen würde, weil Fürst Sulkowski keine männliche Nachkommenschaft habe. Deshalb bat er die Presse, ruhig zu sein, weil die Interessenten dieses große Majorat der Regierung verkaufen und einen Teil des hierfür erhaltenen Geldes für polnische Zwecke bestimmen wollten.

Die Sache erschien uns verdächtig und wir wollten sie deshalb untersuchen. Auf Grund unserer Untersuchungen gaben wir bekannt, daß eine gewöhnliche Verschacherung dieses ungeheuren Besitzes bevorstehe. Der Abgeordnete von Dziembowski verklagte uns deshalb; das Bromberger Gericht sprach in der ersten Instanz unsern Redakteur frei, verurteilte ihn aber in der zweiten Instanz wegen formaler Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe.

Mit der Rolle des Abgeordneten von Dziembowski in dieser Angelegenheit hat sich die polnische Fraktion befaßt und eine für ihn nicht allzu rührende Resolution veröffentlicht. Er selbst redete sich heraus wie er konnte und gab Versprechungen, die er nicht gehalten hat. Wenn nicht die Verkaufsverhandlungen betreffend Reisen zu Lebzeiten des Fürsten Sulkowski, der inzwischen verstorben ist, gewesen wären, dann wäre auch nicht die Erklärung des Professors Kipp erfolgt, welche der Regierung die Besitznahme von Reisen ermöglicht hat. An diesen Verhandlungen hat sich der Abgeordnete von Dziembowski beteiligt.

Aus Nr. 271 des Kurjer Poznanski (Posen) vom 26. November 1910:

Kanonikus Kloske Suffraganbischof.

Das hiesige erzbischöfliche Konsistorium teilt uns heute mit, daß die Ernennung des Domherrn Kloske

zum Gnesener Suffraganbischof tatsächlich erfolgt sei. Es bleibt uns allerdings unverständlich, wie gestern noch das Konsistorium von der Ernennung nichts gewußt haben soll und uns auf eine diesbezügliche Frage eine verneinende Antwort zugehen ließ, während Domherr Kloske — wie wir berichteten — schon die Gratulanten empfing. Was die Ernennung des Domherrn Kloske zum Gnesener Suffraganbischof selbst betrifft, so wird sie in der Gesamtheit Zufriedenheit hervorrufen. Domherr Kloske ist kein Mensch von breiten nationalpolnischen Aspirationen, doch als treuer Sohn des polnischen Volkes in Oberschlesien fühlt er sich als Mitglied der polnischen Gesamtheit, spricht mit der Umgebung immer gern polnisch und denkt über unser Schicksal rechtschaffen und gerecht.

Von damals, als er noch Religionslehrer am hiesigen Mariengymnasium war, genoß Geistlicher Kloske das Ansehen eines rücksichtslos gerechten Seelsorgers, der es nicht scheute, zu den polnischen Schülern als Pole zu sprechen.

Bischof Kloske wird unseren rein nationalen Bestrebungen ohne Zweifel fernstehen. Diesen Schluß kann man schon aus seiner bisherigen Haltung ziehen. In Zukunft wird Domherr Kloske — als Bischof — sich umsomehr in den Grenzen der rein seelsorgerischen Tätigkeit halten.

Aber gerade als Seelsorger war uns Domherr Kloske als strenger Mann mit eigener Meinung bekannt, der seine Meinung auch unter dem Druck der Elemente, die um jeden Preis die Germanisation durch die Kirche erstreben, verteidigen konnte. Domherr Kloske wird zweifelsohne ein Bischof im selbständigen römischen Geiste sein, der als Seelsorger gewissenhaft die Grundsätze der Gerechtigkeit beachten und unbeugsam auf der Wacht der kirchlichen Interessen stehen wird. Dem Interesse der Kirche widerspricht grell die Germanisation, die dem Zwecke der Protestantisierung dient. Dies fühlt und versteht der neue Bischof gut — und dasselbe fühlt und versteht auch unsere ganze Volksgesamtheit.

Auf diese Grundlage der Einheitlichkeit der Anschauungen, auf die grundsätzliche Stellung der Kirche gegenüber der Germanisation und Protestantisierung, weiter auf die Grundlage des starken Charakters des Bischofs Kloske, der ihm gebietet, sich selbst treu zu bleiben, — stützt sich das Vertrauen unserer Volksgesamtheit zum neuen Bischof, welches — wir hoffen es — ein beständiges und dauerhaftes sein und auf aufrichtiger Gegenseitigkeit beruhen wird.

Aus Nr. 49 des Robotnik (Posen)
vom 4. Dezember 1910:

Bischof Kloske.

Der heilige Vater ernannte den Gnesener Suffragan, Domherrn, Offizial und Regens Kloske zum Bischof.

Drei Jahre sind bereits seit dem Tode des Bischofs Andrzejewicz verflossen. Die ganze Bürde der wichtigen bischöflichen Arbeit ruhte also diese Zeit hindurch auf den Schultern des hochwürdigen Bischofs Likowski.

Die Nachricht von der Ernennung des Bischofs in Gnesen nehmen wir mit großer Befriedigung auf, das um so mehr, als die Wahl des apostolischen Stuhls auf einen Geistlichen gefallen ist, der sich sehr verdient gemacht hat.

In die Herzen Tausender von Jünglingen, die sich für die höheren Berufe vorbereitet haben, pflanzte er die heiligen Glaubenswahrheiten tief ein und erwarb sich durch seine Arbeit die Achtung und Liebe seiner Zöglinge. Eine ansehnliche Zahl unserer Geistlichen, Ärzte und Anwälte gehört zu den Schülern des Bischofs Kloske.

Dem neuen Fürsten der heiligen Kirche bekunden wir im Namen der dreißigtausendköpfigen Schar polnischer Arbeiter den Ausdruck tiefer Ehrung und Achtung und wünschen von Herzen, Gott möge ihm ein langes Leben gesegneter und fruchtbringender Arbeit geben.

Die Redaktion des „Robotnik".

Aus Nr. 275 des Wielkopolanin (Posen)
vom 1. Dezember 1910:

Die Nationaldemokratie und die letzten Wählerversammlungen.

Die Kreiskomitees für den Wahlbezirk Schrimm—Schroda—Wreschen beschlossen, den Rechtsanwalt von Trąmpczynski als ersten auf die Kanditatenliste zu setzen.

Die Nationaldemokratie, die die Kandidatur von Trąmpczynskis bei den letzten Reichstagswahlen bekämpfte, nahm sie diesmal schweigend an, ja sie unterstützt sie sogar.

Wie soll man sich diesen schreienden Widerspruch, daß man nach einem halben Jahre denselben Kandidaten empfiehlt, den man vorher bekämpft hat, erklären?

Diese Widersprüche, deren Folgen in der Praxis sehr verderbend wirken, zeigen uns deutlich, welche Nachteile die Parteilichkeit zeitigt.

In Posen bekämpfte die Nationaldemokratie die Kandidatur des Herrn von Trąmpczynski aus rein politischen Gründen.

Der „Kurjer Poznanski" schrieb allerdings einmal, daß die Partei nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck sein solle, doch muß diese schön klingende Phrase auf immer ein leerer Klang angesichts der realen Interessen der Partei bleiben.

Die Partei muß sich selbst Zweck sein, denn sofern sie anfängt, ihre Interessen der Gesamtheit zu opfern, verliert sie ihre Kraft und die innere Notwendigkeit der Existenz — sie geht in der Gesamtheit unter.

Daß dem so ist, das bewies die nationaldemokratische Partei bei den Wahlen in Posen.

Eine Tatsache ist etwas Greifbares, und keine Dialektik ist imstande, eine wirkliche Tatsache wegzudisputieren — eine solche Dialektik kann höchstens auf die einwirken, die im Parteigeist erzogen und schon die Fähigkeit einer unparteiischen Beurteilung der Sache verloren haben.

Würde die Nationaldemokratie konsequent sein, so müßte sie auch diesmal Herrn von Trąmpczynski bekämpfen, und weil sie dies nicht tat, so ist der Grund erstens darin zu suchen, daß sie tatsächlich keinen Kandidaten, der den Fähigkeiten Herrn von Trąmpczynskis entsprechen konnte, aufzuweisen hatte. Ein Jurist ist unweigerlich im Landtag notwendig. — In der Folge fühlten sie sich nicht stark genug, um in der Provinz die Vorschläge des Komitees umzustoßen — sie machten daher gute Miene zum bösen Spiel und erklärten sich für den, den sie vor einigen Monaten nicht für geeignet hielten, uns in Berlin zu repräsentieren.

Seitens des Herrn von Trąmpczynski ist nichts geschehen, was ihn dem nationaldemokratischen Lager hätte näher bringen können.

Die Nationaldemokraten handelten in diesem Falle ebenso, wie bei der Wahl des Herrn von Morawski anstelle des verstorbenen Dr. W. Skarzynski.

Da sie sich damals nicht stark genug fühlten, erklärten sie sich mit einem Kandidaten von gänzlich anderen Anschauungen einverstanden.

Doch bei den letzten Wahlen im Wahlbezirk Schrimm—Schroda—Wreschen hat diese Partei nicht gänzlich entsagt. Um ihren Einfluß zu kennzeichnen, hat sie beschlossen, nicht aus sachlichen, sondern aus rein parteilichen Gründen die zweitstellige Kandidatur zu bekämpfen.

Der überwiegende Teil des Komitees hat sich mit der Aufstellung des Herrn Sigismund von Chlapowski aus Turew an zweiter Stelle einverstanden erklärt. Von Chlapowski ist ein Bürger von unbestreitbaren Fähigkeiten, großen Vorzügen und ein überzeugter Pole nur hat er die eine Erbsünde, daß er kein Nationaldemokrat ist.

Dies konnte man aber doch nicht so offen sagen, daher suchte man einen anderen Fehler.

Und glücklicherweise fand man ihn. Herr Sigismund von Chlapowski hat anläßlich der in Kosten stattgefundenen Wahl zur Einschätzungskommission für die Gewerbesteuer seine Stimme nicht abgegeben.

Zweifelsohne ein Versehen! Doch ebenso haben auch andere Bürger dies Versehen begangen, sogar Bürger aus Kosten selbst haben ihre Pflicht nicht erfüllt. Dieses Versehen ist seitens des Herrn von Chlapowski nicht einmal absichtlich begangen worden, denn das Wahlkomitee hat — wie in so vielen andren Fällen auch — die Wähler von dieser Wahl nicht benachrichtigt.

Es wäre interessant zu wissen, ob man dieses Versehen auch zum Staatsverbrechen gestempelt hätte, wenn ein Nationaldemokrat seine Pflicht nicht erfüllt hätte.

Sicherlich nicht! Man würde dies mit dem Mantel des nachsichtigen Schweigens zudecken.

In den Versammlungen in Schrimm und Xions hat man jedoch ausdrücklich erklärt, daß Herr von Chlapowski infolge des oben angedeuteten Vergehens für die zweite Stelle ungeeignet sei.

Auf diese Stelle stellte man dort Herrn Dr. Matuszewski aus Schrimm auf.

Wir haben gegen Herrn M. absolut nichts einzuwenden. Wenn wir jedoch beide Kandidaten vergleichen, d. h. Herrn von Chlapowski mit Herrn Dr. Matuszewski, so wissen wir tatsächlich nicht, worin letzterer ersteren überragen soll.

Ja — eins haben wir vergessen — nämlich das, daß Herr Dr. Matuszewski ein Nationaldemokrat ist. Dieses genügte!

Wir stellen also die Tatsache fest, daß nicht aus sachlichen, sondern aus rein parteilichen Gründen man sich der Komiteeliste widersetzte — die Partei ist daher kein Mittel zum Zweck, sondern sie ist Selbstzweck.

Welche stärkeren sachlichen Gründe würden denn für Herrn Dr. Matuszewski als den Abgeordneten-Kandidaten und im gegebenen Falle den Abgeordneten sprechen?

Würde Herr Dr. Matuszewski eventuell die Abgeordnetenpflichten erfüllen können, wenn z. B. Herr von Trompczynski das Abgeordnetenmandat nicht annehmen würde?

Die Qualifikation dazu besitzt Herr Dr. von Trompczynski zweifellos, er könnte aber in Berlin, um dort unserer Sache zu dienen, ohne große materielle Verluste seinerseits nicht weilen.

Er würde also ein Abgeordneter sein — wie ihrer leider so viele sind — die nur von Zeit zu Zeit in Berlin anwesend sein können.

In einer anderen Lage befindet sich Herr von Chlapowski.

Als Besitzer eines großen Gutes könnte er sich ganz der Abgeordnetenarbeit widmen, er wäre also ein arbeitender Abgeordneter, falls Herr vom Trompczynski das Abgeordneten-Mandat nicht annehmen sollte.

Hat man also in den Versammlungen in Schrimm und Xions Herrn von Chlapowski von der Kandidatenliste beseitigt und dafür Herrn Dr. Matuszewski gewählt, so hat man sich dabei nur von parteipolitischen Gründen leiten lassen.

Ähnliche Versuche hat man auch in anderen Versammlungen unternommen, doch sie sind nicht geglückt.

Der Versuch der Nationaldemokratie, ihre Kraft zu zeigen, ist nur zum Teil gelungen, man muß jedoch diese Agitation hinter den Kulissen ans Tageslicht bringen, damit jedermann ihren Wert schätzen lernt.

Einen wirklichen Vorteil bringt sie nicht, sondern vielmehr einen unzweifelhaften Schaden, denn, um einen nicht genehmen Kandidaten zu verekeln, muß man zum Mittel einer gewissen Aufreizung eines Standes gegen den andern greifen.

Das ist das einzige und dazu noch negative Resultat der Parteiarbeit.

Es ist verwunderlich, daß es noch so wenig Bürger gibt, die sich auf diese parteilichen Kunststückchen verstehen.

In Schroda war die Situation eine andere, dort haben sich die Herren Demokraten gründlich verzankt.

Und die Ursache dieses Rummels ist das Hervorkehren von Parteikandidaturen. Einige wollten einen Kaufmann, andere einen Arbeiter haben.

Aus Nr. 276 des Orędownik (Posen) vom 2. Dezember 1910:

Der große Politiker

des Wielkopolanin, jenes angeblich volksparteilichen Blattes, welches auf jeden Schritt die Standesinteressen unserer Großgrundbesitzer vertritt, hat wiederum einen seiner bekannten sehr witzigen Artikel anläßlich der letzten im Wahlkreise Schrimm veranstalteten Hauptwählerversammlungen geschrieben. Er wollte den Nationaldemokraten und Volksparteilern, die sich dem widersetzt hatten, daß Herr v. Chłapowski-Turew an zweiter Stelle als Kandidat aufgestellt wurde, einen empfindlichen Schlag versetzen, und darum sagt er, diese Elemente hätten sich im Gefühl ihrer Ohnmacht mit der Kandidatur des von ihnen früher bekämpften Herrn Rechtsanwalts v. Trąmpczynski einverstanden erklärt.

Der große Politiker spottet entweder oder er fragt nach dem Wege. Er hat ein so kurzes Gedächtnis, daß er sich daran nicht mehr erinnert, wie die Kandidatur des Herrn v. Trąmpczynski in Anerkennung dessen großer Abgeordnetenfähigkeiten gerade von derselben Seite her namhaft gemacht worden ist, wie heut, und zwar damals, als Herr v. Chłapowski-Bonikowo sein Mandat niedergelegt hatte. Der Wielkopolanin stellt sich so, als wisse er nicht, weshalb die Demokraten die Kandidatur Trąmpczynski für Posen nicht unterstützt haben. Er tut, als wisse er nicht, daß, wenn irgendwo eine Kandidatur aus Arbeiterkreisen Erfolg haben konnte, dies nur in Posen der Fall war, und auch nur aus diesen Gründen waren bei den letzten Posener Wahlen die Demokraten Gegner einer Kandidatur, die jederzeit in anderen Wahlkreisen auf Erfolg rechnen konnte. Davon wissen bestimmt sogar die Hökerweiber, nicht wissen es aber die großen Politiker vom Wielkopolanin.

Der Wielkopolanin vermeidet, indem er von Herrn Siegmund v. Chłapowski spricht, den Kern der Sache, das, um was es sich eigentlich

handelt, die für die breiten Volksmassen schädlichen Agrarzölle. Wir wissen wohl, daß die Landwirtschaft in unserm Wirtschaftsleben ein sehr wichtiger Faktor ist, und daher wollen wir nicht, daß diesem Faktor Unrecht geschehe. Aber andererseits wollen wir ebenso, daß auch unser Mittelstand, daß die Arbeitermassen keinen Anlaß zum Klagen darüber hätten, daß die Großgrundbesitzer alle Vorteile für sich einheimsen. Wir wollen, daß man auf diese Weise auf die so zahlreichen Schichten unserer Nation gleichfalls Rücksicht nehme. Und darum bekämpfen wir schon in den letzten Hauptwählerversammlungen in Sachen der Landtagswahlen eine extrem konservative und ständisch-landwirtschaftliche Kandidatur, die zweifellos auch während der nächstjährigen Reichstagswahlen auftauchen wird.

Das will der Wielkopolanin, ein extrem konservatives Blatt, in seinem Pharisäertum nicht verstehen.

Aus Nr. 12 des Poradnik dla spółek (Posen) vom 1. Dezember 1910:

Die Versammlung von Repräsentanten der landschaftlichen Genossenschaften

vom 27. Oktober 1910 eröffnete der inzwischen verstorbene Kurator Wawrzyniak mit dem Hinweis darauf, daß für die besonderen Angelegenheiten der landschaftlichen Genossenschaften im Sinne des Beschlusses des Verbandstages außerhalb des letzteren Versammlungen stattfinden würden, ebenso, wie das hinsichtlich der Rolniks geschehe. Diese Versammlungen haben den Zweck, die Erfahrungen auszutauschen und die Genossenschaften einander zu nähern. Die Tagesordnung richtete man gemäß den Wünschen der Genossenschaften ein. An der Versammlung nahmen die nachstehenden Genossenschaften durch Delegierte teil: Kosten, Gnesen (landschaftliche Genossenschaft und landschaftliche Bank), Lobsens, Wreschen, Gollantsch, Berent, Mogilno, Posen (Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte, Parzellierungsbank und landschaftliche Bank), Priment, Lubasch, Schrimm, Ostrowo.

Vom Kuratorium sind anwesend: der Kurator Wawrzyniak, der stellvertretende Kurator Dr. Rzepnikowski, Direktor Wienckowski, Pfarrer Bolt und Pfarrer Adamski. Dr. Karasiewicz hatte sich entschuldigt.

Nr. 1 der Tagesordnung: „Das territoriale Tätigkeitsgebiet der landschaftlichen Genossenschaften" erläutert der Kurator dahin: Es sei das nicht Sache der Satzungen oder der Beschränkung der Mitgliedschaft auf eine Ortschaft, sondern es sei das mehr eine Sache der Praxis. Es handle sich einfach darum, daß die eine Genossenschaft nicht ohne Wissen und Willen einer lokalen Genossenschaft in deren Gegend einschreite. Wir würden zu einer solchen Teilung dann gelangen, wenn es in jedem Kreise eine landschaftliche Genossenschaft geben werde. Fürs erste liege nur daran, daß wir zu der Überzeugung kämen, eine Arbeitsteilung habe auch für die landschaftlichen Genossenschaften einzutreten.

Punkt 2 der Tagesordnung steht mit Punkt 1 in Verbindung, da die kleineren Genossenschaften, außerstande, ein größeres Geschäft allein zu erledigen, sich notgedrungen mit einer größeren Genossenschaft verständigen und das Geschäft gemeinschaftlich mit ihr erledigen.

In der Diskussion erklärte man sich im Prinzip für territoriale Teilung. In der Praxis würde diese Teilung darauf beruhen, daß man im Bereich einer anderen Genossenschaft Geschäfte nicht ausführen wird, ohne sich vorher mit der lokalen Genossenschaft zu verständigen. Es wurde die nachstehende Resolution angenommen.

Die Versammlung ist im Prinzip damit einverstanden, daß die landschaftlichen Genossenschaften Geschäfte nur im Bereich ihres Gebiets erledigen; außerhalb dieses Gebiets haben sie Geschäfte nur nach Verständigung und im Einverständnis mit der Genossenschaft des betreffenden Territoriums zu erledigen.

Auch erklärten die Vertreter der großen Parzellierungsgenossenschaften, sie würden den kleineren Genossenschaften bei der Erledigung von Geschäften gern mit Rat und Hülfe sowie mit finanzieller Mitarbeit dienen.

Über die Reklame und die Bekanntgabe der parzellierten Flächen in den Jahresberichten referiert Rechtsanwalt Dr. Wyczynski, indem er darauf aufmerksam macht, daß die Bekanntgabe der parzellierten Flächen in den Jahresberichten keine gute Reklameform sei, da eine solche Statistik oft ungenau sei. Der Bericht sollte nur das Nötige enthalten.

Der Kurator erklärt, er habe Beschwerden über unpassende Reklame erhalten, habe aber in den Reklamen und Bekanntmachungen der dem Verbande angehörenden Genossenschaften keine Angriffe auf eine andre Genossenschaft gefunden. Das sei nur bei Genossenschaften vorgekommen, die dem Verbande nicht angehörten.

Die Versammlung giebt der Überzeugung Ausdruck, daß man Reklamen, welche andre Genossenschaften schädigten, nicht billigen könne und daß es sich empfehle, in den Jahresberichten die parzellierten Flächen anzugeben, es aber bei dem bewenden zu lassen, was streng zu dem Bericht gehöre.

Die landschaftlichen Genossenschaften und der Kredit.

Der Kurator macht darauf aufmerksam, daß der Kredit, dessen die landschaftlichen Genossenschaften bedürften, sehr bedeutend sei, dieser Kredit aber schließlich stets zum wesentlichen Teil aus der Verbandsbank fließe. Es gebe Parzellierungsgenossenschaften, welche vorübergehend Baarmittel besäßen. Es sei der Gedanke entstanden, daß die Genossenschaften sich mit diesen Geldern gegenseitig aushelfen sollten. Indes sei dieser Weg unmöglich, da die so untergebrachten Gelder höchstens mittelst Klage oder wiederum mit Hilfe der Verbandsbank herauszubekommen seien. Die landschaftlichen Genossenschaften wären im Irrtum, wollten sie die Finanzierung unter sich erledigen.

Eine umfangreiche Diskussion erweist die Notwendigkeit, diese Frage in der folgenden Versammlung der landschaftlichen Genossenschaften zu besprechen.

Bei Punkt 3 und 4 „die landschaftlichen Genossenschaften und die Depositen, der Zinsfuß für Depositen und die Provisionen" hebt der Kurator hervor, die Volksbanken erblickten in der Ansammlung von Depositen seitens der landschaftlichen Genossenschaften eine schädliche Konkurrenz, umsomehr, wenn eine landschaftliche Genossenschaft für die Depositen hohe Zinsen zahle, das in den Zeitungen bekannt gebe und die Volksbanken zur Hinaufsetzung des Zinsfußes zwinge, was wiederrum eine Erhöhung des Zinsfußes für Darlehen erheische. Die Volksbanken klagten darüber und forderten ein Verbot der Annahme von Depositen seitens der landschaftlichen Genossenschaften. Ein solches Verbot wäre eine zu weitgehende Einschränkung, bestimmt sei jedoch eine Verständigung bezüglich des Zinsfußes und dessen Begrenzung nötig.

Man beschloß, die Punkte 3, 4 und 7 der Tagesordnung auf die künftige Versammlung zu verschieben zwecks spezieller Besprechung.

5. In Sachen der Agenten ersucht Herr Lopinski, auf manche Volksbanken dahin einen Einfluß auszuüben, daß sie den Agenten die Arbeit nicht erleichtern. Rechtsanwalt Wyrzynski bittet, die Genossenschaften möchten sich gegenseitig über Charakter und Redlichkeit der Agenten informieren. Dr. Spandowski führt die Tatsache an, daß ein gewisser Agent kleine Wirtschaften aufkaufe, sie als Anzahlung für einen übermäßig hohen Preis übernehme, dem Wirt eine große Wirtschaft für einen übertrieben hohen Preis verkaufe und dabei so große Summen verdiene, daß er eine kleine Wirtschaft mit Verlust parzellieren könne, da er genug verdient habe. In einem solchen Dorfe könne man dann für einen normalen Preis überhaupt keine Wirtschaft kaufen. Man gab dem Wunsch Ausdruck, die Angelegenheit der Agenten auf die Tagesordnung zu setzen.

7. Mit den Kontrakten und Verkaufsbedingungen wird sich das Kuratorium befassen, ein Kontraktmuster vorbereiten und es auf dem Wege der Korrespondenz den einzelnen Genossenschaften zur Besprechung vorlegen.

8. In Sachen der Buchführung wurde betont, sie müsse so beschaffen sein, daß der Aufsichtsrat sich darin leicht orientieren könne. Inbetracht dessen wurde die amerikanische Buchführung als die grundsätzlich beste empfehlen.

9. Die Angelegenheit der Immobilienmakler ist noch nicht ganz aufgeklärt, da die Sache noch nicht alle Instanzen passiert hat.

10. In Sachen der Hypothekenbücher referiert der Vertreter der Ostrowoer Genossenschaft. Die Angelegenheit eines normalen Hypothekenbuches beschloß man schriftlich zu erledigen.

11. Schließlich berührte man eine Reihe von Erfahrungen und Schwierigkeiten, die beim Stempel, bei den Steuern und beim Aufteilen verkaufter Territorien vorkommen.

Der Verlauf der Versammlung zeugte davon, daß sich die Genossenschaften sehr für die Sachen interessieren, die auf die Tagesordnung gesetzt worden waren, auch wurde das dringende Bedürfnis öfterer Verständigung und des Austausches der gemachten Erfahrungen festgestellt.

Geistlicher Adamski.

Aus Nr. 274 des Dziennik Poznański (Posen) vom 30. November 1910:

Bericht
über die Tätigkeit des Vereins zur Fürsorge für katholische Kinder in Posen für das Rechnungsjahr 1. Oktober 1909 bis 30. September 1910.

Der i. J. 1905 gegründete Verein war 2 Jahre hindurch eine Sektion des Verbandes der Wohltätigkeitsvereine. Er machte sich selbständig auf Grund eines Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. 3. d. J.

Wie der Vorstand vorausgesehen hatte, begann von dieser Zeit ab ein Aufblühen unseres Vereins. Beweis hierfür sind die nachstehenden statistischen Angaben. Die Mitgliederzahl wuchs auf 150 gegen 50 im Vorjahre. Die Einkünfte erhöhten sich fast um das Fünffache von 1755 Mk. im Vorjahre auf 8388 Mk. in diesem Jahre. Der Verein war infolge der höheren Einnahmen imstande, mehr Kinder unterzubringen, wodurch natürlich auch die Ausgaben bedeutend stiegen. Im Vorjahre wurden 62, in diesem Jahre 134 untergebracht, davon 39 in Anstalten von Ordensschwestern.

Seit Beginn des Bestehens des Vereins sind im ganzen 294 Kinder untergebracht worden. Für dieses Jahr bleiben in Fürsorge 170 Kinder, davon 119 bei bäuerlichen Wirten oder in Kleinstädten und 51 in Waisenanstalten in Gnesen, Pleschen, Ostrowo, Wronke, Wollstein und auf der Schrodka. Der Verein zahlt 4062 Mk. für die Kinder in den Anstalten und für die Ernährung von Säuglingen. Von den untergebrachten Kindern stammen 105 aus Posen, 13 aus Bromberg, je 3 aus Warschau und Brudnia bei Hohensalza, 2 aus Krotoschin und je 1 aus Schneidemühl, Gluwno, Wioska, Kr. Bomst, Zabikowo, Schrimm, Lopienno und Kobylin.

Die Zahl der moralisch vernachlässigten Kinder wächst in erschreckender Weise, und darum waren wir genötigt, eine so große Zahl in Anstalten unterzubringen. Nur weniger Vernachlässigte kann man Privatpersonen anvertrauen, aber auch da bedarf es noch beständigen Wachens über das sittliche und leibliche Wohl des Kindes. Ungeachtet der Verpflichtungen, welche die Personen, die Kinder zur Erziehung übernehmen, dem Vereine gegenüber unterzeichnen, kommen oftmals Mißbräuche vor. Immer größer erweist sich die Notwendigkeit, die auf unsere Veranlassung untergebrachten Kinder zu besuchen, was in Zukunft bei gestiegenen Einnahmen wird strenger durchgeführt werden müssen.

Der Vorstand, welcher im verflossenen Jahre 14 Sitzungen abgehalten und über das Wohl der Kinder sowie über die Verbesserung der Organisation des Vereins beraten hat, hat die Überzeugung gewonnen, daß uns noch so manche Verbesserung und Einrichtung nottut, damit unsre Fürsorge intensiver werde und in die Bedürfnisse der vernachlässigten Kinder mehr eindringe. Doch muß der Verein mit den Einnahmen rechnen.

Die zur Verschickung bestimmten Kinder kommen manchmal in so elendem und abgerissenen Zustande an, daß man das Kind nach dem Baden ganz neu einkleiden muß. Ein solcher Wechsel übt auf die Kinder einen so großen Einfluß aus, daß manchmal ein nichtsnutziger Junge, der wochenlang in Höhlen und auf dem Felde schlief, ohne zur Schule zu gehen, jetzt, wo er äußerlich umgewandelt ist, sich auch innerlich umwandelt und ein demütiges und gehorsames Kind wird.

Die uns zur Fürsorge übergebenen Kinder fühlen gewöhnlich selbst ihre traurige Lage, den Hunger und die Unannehmlichkeiten, sie gehen daher gern zum Erzieher.

Viele Waisen haben durch den Verein Hut und die Wärme des Familienhauses erfahren. Eine gewisse schwächliche Mutter kehrte in kläglichem Zustande nach dem Tode des Mannes mit den Kindern aus Warschau zurück. Sie übergab die Kinder dem Verein zur Fürsorge und nahm selbst einen Dienst an. Die fünfzehnjährige Tochter brachte der Verein als Kindermädchen unter, die beiden jüngeren Kinder nahmen kinderlose gute Leute an, und diese umgeben die Kinder mit sorglicher Hut.

Rührend war der Augenblick, als das Bureau des Vereins eine fünfjährige Ganzwaise einer Bauernfrau übergab. Das Kind umarmte unaufhörlich die angenommene Mutter mit dem Ruf: „Man hat mir gesagt, Mama sei gestorben, aber Mama ist ja gekommen und sie lebt.“

Von großer Tragweite für den Verein ist die Anerkennung seitens des Vormundschafts-

gerichts, welches uns zugleich die Vormundschaft über die untergebrachten Kinder anvertraut.

Ein Vormund führte dem Bureau ein verwaistes Mädchen zu, welches er, wie er sagte, wegen Verdorbenheit oft und streng gestraft hatte. Wir brachten das Mädchen bei den Schwestern in Gnesen unter. Nach einem Jahr wollte nun der Vormund aus persönlichen Gründen (das Mädchen ist jetzt 13 Jahre alt und die Gemeinde zahlt für dasselbe 10 Mk.) zurück haben, um ein Kindermädchen für die eigenen Kinder zu haben. Wir riefen den Beistand des Vormundschaftsgerichts an, welches nach vielen Bemühungen von seiten des Fürsorgevereins zu Gunsten des Kindes dahin entschied, daß es in der Anstalt weiter verbleiben solle.

Das Bureau des Vereins hat 722 Korrespondenzen erhalten und außer Drucksachen 1383 abgeschickt.

In vielen Fällen diente das Bureau in Angelegenheiten von Kindern mit Rat und Information. So hat man uns z. B. mitgeteilt, daß ein katholisches Kind bei einem Juden untergebracht worden sei. Durch entsprechende Information, nach der man sich richtete, wurde das Kind nach einigen Tagen in einem katholischen Hause untergebracht.

Vorübergehend bis zur ständigen Unterbringung unterhielt der Verein 48 Kinder 256 Tage lang gegen Bezahlung. Immer offenbarer erweist sich daher die Notwendigkeit einer Übergangsstation.

Die Vorstandsmitglieder haben sich der Reihe nach allmonatlich abgelöst, um der Schriftführerin in Bureau- und Fürsorgesachen behilflich zu sein.

Die weitere Entwickelung des Vereins hängt hauptsächlich von der Wohltätigkeit der Volksgemeinschaft ab. Je mehr Mittel der Verein haben wird, umsomehr wird er unglückliche Kinder, die der Verwaisung halber verlassen, in Elend verkommen oder durch die Schuld der Eltern oder der Umgebung sittlich vernachlässigt sind, vor der Verderbnis retten können. Das, was der Verein bisher mit großer Mühe zu vollbringen vermocht hat, ist nur ein kleiner Teil der Arbeit gegenüber den Tausenden unserer der Rettung bedürftigen Kindern.

Wir flehen somit im Namen dieser Kinder vor allem die Mitglieder des Fürsorgevereins an, sie möchten doch Bekannte auf die Tragweite unseres Vereins aufmerksam machen, um damit zur Festigung und Erweiterung der auf sozialem Gebiet so wichtigen Arbeit beizutragen.

Wir bringen ergebenst in Erinnerung, daß der Jahresbeitrag 2 M. oder mehr beträgt. Lebenslängliches Mitglied wird, wer eine einmalige Zahlung von 100 M. leistet.

Gleichzeitig bitten wir Vormünder und wohlgesinnte Personen dringend, sich in dem Bureau des Vereins zur Fürsorge für katholische Kinder, Wilhelmstraße 16 I in Posen zu melden, falls sie von Waisen, vernachlässigten oder in sittlicher Hinsicht bedrohten Kindern erfahren.

Pelagia Bieganska,
Schriftführerin.

Kassenbericht.

Einnahme.

1. Bestand am 30. September 1909 ...	744,71	M.
2. Jahresbeiträge der Mitglieder	682,—	„
3. Einmalige Gaben	128,70	„
4. Außerordentliche Einkünfte, gesammelt in kleineren Spenden	5 543,22	„
5. Zinsen bis 1. 10. 10 von Depositen und Coupons	133,86	„
6. Für Broschüren unseres Verlags ...	63,30	„
7. Für untergebrachte Kinder	1 092,60	„
Sa.	8 388,39	M.

Ausgabe.

1. Für überwiegend in Anstalten untergebrachte Kinder	3 167,20	M.
2. Vorübergehender Unterhalt der Kinder bis zur Unterbringung	125,10	„
3. Versendung und Einkleidung der Kinder	206,50	„
4. Reisen im Interesse der Kinder.....	87,35	„
5. Gehälter und Bureau	941,25	„
6. Porto, Telephon	247,76	„
7. Für Drucksachen und Bücher	611,--	„
8. Verschiedene Ausgaben	192,—	„
Sa.	5 578,16	M.

Zusammenstellung.

Einnahme	8 388,39	M.
Ausgabe	5 578,16	„
Bestand	2 810,23	M.

für das neue Rechnungsjahr.

Hedwig Gräfin Kwilecka,
Schatzmeisterin.

Aus Nr. 277 des Dziennik Poznański (Posen) vom 8. Dezember 1910:

Unkorrektheiten bei der Volkszählung.

Von verschiedenen Seiten her laufen bei uns Beschwerden ein über Unkorrektheiten, die bei der gestrigen Volkszählung begangen worden sind. Wir geben die Einzelheiten vor der Hand nicht wieder, da die Unkorrektheiten zweifellos den Gegenstand von Beratungen im preußischen Abgeordnetenhause bilden werden infolge einer eingebrachten Interpellation. Um jene Unkorrektheiten im gehörigen Lichte darstellen zu können, ist jederlei Material erwünscht, welches die ganze polnische Presse zweifellos sammeln wird. Unsere Leser bitten wir, auf Wahrheiten beruhende Einzelheiten einzusenden. Nur solches Material kann Geltung haben.

Aus Nr. 278 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 4. Dezember 1910:

Wie die Volkszählung ausgeführt wurde.

In Posen erteilten — wie man uns von vielen Seiten berichtete — die Lehrer den Schülern Weisungen, wie die Zählformulare auszufüllen seien. Hauptsächlich ging es darum, das Wort **„mächtig“**, d. h. daß alle **mächtig** deutsch sprechen können, zu unterstreichen. Indes ists nicht so, denn außer den Rechtsanwälten spricht kein Pole so fließend deutsch, daß er in dieser Sprache klar seine Gedanken auszusprechen vermöchte. Bis zu dieser Vollkommenheit führen nicht einmal die Königlichen Akademien — von Mittel- oder Elementarschulen ganz zu schweigen. Die Polen konnten also mit ruhigem Gewissen keinesfalls das Wort unterstreichen, welches besagte, daß sie der deutschen Sprache „mächtig“ sind.

Wer von den Polen die Formulare selbst ausfüllte, der unterstrich das Wort „nein“. Anders verfuhren die Beamten, welche als Zähler fungierten. Diese unterstrichen ohne Gnade — sogar auch, wenn dagegen protestiert wurde — das Wort „mächtig.“ Auf diese Weise hat man zweisprachige Leute zu Hunderttausenden fabriziert.

Daß angesichts dieser Erscheinungen das gesammelte Material — was die Muttersprache der Bevölkerung anbetrifft — falsch sein wird, unterliegt nach dem Gesagten keinem Zweifel.

Aber nicht nur um das eine Wort ging es. Von vielen Seiten berichtet man uns noch über andere Mißbräuche.

In einigen Häusern wurden die Formulare garnicht oder zu spät verteilt — in anderen kam der Beamte selbst und schrieb, was er wollte.

Man kann sich also vorstellen, wie die Statistik in Betreff der polnischen Sprache aussehen wird.

Die polnische Fraktion wird wahrscheinlich nicht verfehlen, im preußischen Landtage eine entsprechende Interpellation einzubringen, damit die Welt erfahre, auf welche Weise die polnische Bevölkerung gezählt wurde und was die preußische Statistik wert ist.

U. a. schreibt man uns aus Grab, Kreis Jarotschin, folgendes: „Bei der diesjährigen Volkszählung am 1. Dezember erhielt keiner von den Dominialleuten Formulare zum Ausfüllen. Der Gutspächter ist ein Deutscher, Herr Huld, der selbst bei sich zu Hause die Formulare ausfüllte. Wie er sie ausfüllte, das kann niemand wissen. Herr Huld ist Gutsvorsteher — er konnte also machen, was er wollte — ohne Wissen und Willen der Leute. Die Leute wußten nur, daß eine Viehzählung stattfindet — denn die Herren ließen den Tierarzt zur Untersuchung des Viehes, welches seit 3 Wochen an der Maul- und Klauenseuche erkrankt ist, kommen. Der Tierarzt verursachte viele Umstände — denn man mußte das Vieh und die Ställe reinigen. Daher auch haben die Leute die Volkszählung ganz vergessen.

Andere Leute erzählten, daß sie in die Schule kommen mußten, wo der Herr Kommissarius die Leute zählte."

Aus Nr. 278 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 7. Dezember 1910:

Deutsche auf dem Papier.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei der letzten Volkszählung wieder wie gewöhnlich so mancher ungebildete Pole als Deutscher eingetragen worden ist. Andere sind wieder als „zweisprachig" eingetragen worden. Ein solcher Zweisprachiger ist, ohne anzüglich sein zu wollen, einem Kalbe mit zwei Schwänzen ähnlich. Aber auf solche Kleinigkeiten achtet die preußische Regierung nicht. Um nur nicht zu viele Polen ziehen zu müssen, ist sie bereit, sogar eine Rubrik für Werwölfe zu schaffen, ebenso wie sie geruht, die Masuren und Kaschuben, die nichts anders als Polen sind, besonders einzutragen.

Ein wahres Bild unserer zahlenmäßigen Stärke bietet uns die letzte Volkszählung nicht. Das ist jedem klar, der auch nur annähernd begreift, worauf es den Preußen ankommt. Wir brauchen aber deshalb nicht zu verzweifeln. Der Beamte, der selbständig den Polen als Deutschen, Kaschuben, Masuren, oder als Zweisprachigen eingetragen hat, hat dadurch noch nicht dessen Seele verändert. Er hat einen Deutschen bzw. einen Halbdeutschen auf dem Papier geschaffen, das, besonders in den Händen der Behörden, geduldig ist. Etwas anderes ist Papier und etwas anderes die Wirklichkeit, und diese hat schon manchmal die amtlichen Statistiken gehörfeigt.

Unsere Sorge muß es sein, daß die Wirklichkeit die amtlichen Zählungen dort, wo allzu eifrige Beamte die Zahl der Deutschen künstlich vermehrt haben, Lügen straft. Geschehen konnte dies nur gegenüber völlig ungebildeten oder abhängigen Landsleuten. Zu diesen muß man gehen und ihnen erklären, daß Gott sie nicht deshalb als Polen geschaffen hat, damit sie sich von Beamten umformen lassen. Man muß ihnen polnische Bücher und Zeitungen in die Hand geben, man muß ihnen die nächste Volksbibliothek zeigen und ihnen die Adresse einer aufrichtig polnischen Zeitung geben. Außerdem muß man sie mit warmen herzlichen Worten zur Liebe für alles das erwärmen, was jeder Pole lieben müßte. Und es genügt nicht, dies einmal zu tun, sondern wir müssen häufiger unsern nationalen Katechismus wiederholen, und dann werden wir sicherlich manchen Landsmann für unsere Sache gewinnen, der auf dem Papier Deutscher oder Zweisprachiger ist, weil man ihn so eingetragen hat.

Im nächsten Jahre werden wir die Wahlen zum deutschen Reichstage haben. Unsere Pflicht ist es, schon heute in dieser Richtung zu arbeiten, damit sogar der ungebildetste Pole wisse, daß er seine Stimme für einen Polen abgeben soll. Das wird für uns die beste Volkszählung sein, denn die Wahlen sind geheim und kein Beamter kann abhängige Leute verbessern oder kontrollieren. Wenn nur jeder Pole weiß, wie er sich zu verhalten hat, dann werden wir am besten unsere Kräfte zählen können. Erforderlich ist nur, daß das Nationalbewußtsein, bis in die dunkelsten Winkel dringt und gerade hieran muß jeder aufgeklärte Pole arbeiten. Dann werden die auf dem Papier stehenden Deutschen und die amtliche Rubrik nichts nutzen, sondern das Herz wird über die Nationalität entscheiden.

Aus Nr. 273 des Lech (Gnesen) vom 2. Dezember 1910.:

Die Bildung ist nicht für den Polen da.

Unsere Busenfreunde erschweren uns, wo sie nur immer können, unsere Fortbildung, weil sie genau wissen, daß Bildung und Wissenschaft die vortrefflichste und erfolgreichste Waffe ist, der niemand zu widerstehen imstande ist. Nicht nur in den Schulen wenden sie den polnischen Kindern gegenüber das Verdummungssystem an und gestatten ihnen hierdurch nicht, die Zeit des Schulunterrichts gehörig auszunutzen, sondern man schiebt auch die Älteren dort zur Seite, wo sie etwas zulernen könnten und möchten. Wir haben schon manchmal darüber geschrieben, daß man Polen zu Meisterkursen nicht annimmt, und wir haben Beispiele hierfür angeführt. Stipendien, Belohnungen usw. sind nur für Deutsche da. Neuerdings berichtet man wieder aus Posen, daß man zu den Kursen für Metallarbeiter, zu welchen sich auch einige Polen gemeldet hatten, nach Prüfung ihrer Religion und Nationalität auch nicht einen einzigen Polen angenommen hat.

Diese Kurse veranstaltet bekanntlich die Handwerkskammer, zu deren Unterhaltung ebenso wie die Deutschen auch die Polen Beiträge zahlen müssen. Zahlen müssen also alle ohne Unterschied der Religion und der Nationalität, ihre Einrichtungen benutzen können aber nur die Deutschen und die Juden, während man den Polen die Tür weist. Die Polen haben nur Pflichten, dagegen haben sie keinerlei Rechte. Der preußische Staat will als kultureller gelten. Ist es aber nicht die schlimmste Verhöhnung jeglicher Kultur, wenn man einen gewissen Teil der Bürger der Möglichkeit beraubt, zu lernen und sich in ihrem Berufe fortzubilden, trotzdem sie mit den andern zu gleichen Teilen zu diesem Zweck Beiträge zahlen! Das ist nicht Kultur, sondern die schlimmste Barbarei!

Aus Nr. 279 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 6. Dezember 1910:

Brief an die Redaktion.
In Sachen der Fachkurse für Handwerker.

Hohensalza, den 2. Dezember 1910.

Geehrte Redaktion!

In der heutigen Nummer des Dziennik Kujawski lese ich unter der Rubrik „Sozialwirtschaftliche Angelegenheiten" die aus dem „Lech" abgedruckte, aus Posen stammende Mitteilung, daß dort die Polen, die sich zum Metallarbeiter-Kursus gemeldet hatten, nicht aufgenommen worden sind. Ich bin gezwungen, hierauf kurz zu antworten. Das Appellieren an die Mitglieder der Handwerkskammer ist völlig gerechtfertigt. Es wird indessen für den Augenblick ohne Erfolg bleiben — ganz abgesehen davon, daß eine Handwerkervertretung, welche die sozialen Schmerzen nicht kennen und es weiter nicht verstehen oder nicht wollen würde, dort, wo es notwendig ist, die Stellung ihrer Mitglieder zu verteidigen, eine schlechte wäre — weil die Beweggründe, welche die Polen an der Teilnahme an den Kursen hindern, wichtiger sein müssen.

Die verschiedenen Kurse nämlich, welche die Handwerkskammern von Zeit zu Zeit veranstalten, finden auf Kosten der Regierung und nicht der Handwerkskammer statt. Besonders die Fachkurse werden von der Regierung finanziell unterstützt. Hieraus ergibt sich, daß unsere Proteste, die wir schon häufig in der Kammer selbst erhoben haben, stets dahin beantwortet worden sind, daß nicht die Handwerkskammer, sondern die Regierung diesen Zustand toleriert. Auf unsere weiteren Bemerkungen, daß doch im Etat der Kammer alljährlich für diesen Zweck eine gewisse Summe ausgeworfen wird, antwortete man uns, daß dies die teilweisen Kosten für theoretische Kurse sind, welche die Handwerkskammer abhält; es sind dies Buchführungs- und soziale Kurse, welche die Gewerbegerichtsordnung behandeln.

Die Herren Kommissare, die in solchen Versammlungen als Vertreter der Regierung sitzen, beantworten unsere Interpellationen überhaupt nicht. Deshalb waren wir auch s. Z. gezwungen, an unsere Abgeordneten zu appellieren, die im Interesse des Handwerks diese Klagen vor das Forum der Öffentlichkeit bringen müßten. Ob mit Erfolg? —

Mögen indessen diese einzelnen Fälle, daß polnische Handwerker zu diesen Kursen nicht zugelassen werden, nicht allen Mut rauben. Mögen sich die Abgewiesenen im Gegenteil mit ausdauernder Geduld immer wieder melden. Von jeder Abweisung mögen sie einem polnischen Mitgliede der Handwerkskammer Mitteilung machen, und zwar unter Beifügung der von der Behörde erhaltenen Antwort. Mit Material in Händen kann ein solches Mitglied viel dreister und offener gegen eine derartige Behandlung protestieren, sei es in der Sitzung der Kammer, sei es auf anderem Wege.

Schreiber dieser Worte war auch einige Male zurückgewiesen worden; schließlich hat er doch an einem Kursus teilgenommen. Durch Ausdauer, die einem jedem empfohlen wird, hat er die Schwierigkeiten überwunden. Es handelt sich hier um den Grundsatz der Gleichberechtigung; die gleichen Rechte, die die deutschen Handwerker in Anspruch nehmen, haben und müssen auch die polnischen Handwerker haben.

Ein Mitglied der Handwerkskammer.

Aus Nr. 271 des Kurjer Poznański (Posen) vom 26. November 1910:

Die Verhältnisse der

Arbeiterkolonie Zabikowo

illustriert folgende charakteristische Angelegenheit:

Einer der unzufriedenen Ansiedler, Bernhard Linnenkohl, reichte anfangs dieser Woche bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige gegen den Distriktskommissarius Herrn Lühlsdorff in Fabianowo wegen gesetzwidriger Verfügung und Freiheitsberaubung seiner Frau ein. Die Gründe der Denunziation sind folgende: Auf die mehrmaligen Eingaben des Ansiedlers, die Landbank zur Beseitigung der Bauschäden aufzufordern, gab der Kommissarius eine ablehnende Antwort auf der Grundlage, daß die Gebäude unter Oberaufsicht der Staates gebaut worden sind und bei der amtlichen Übernahme keinerlei Schäden aufgewiesen haben.

Erst auf Grund des Gutachtens des Baumeisters Mieczkowski, an welchen sich der Ansiedler gewandt hat, überzeugte sich der Kommissarius von der Fehlerhaftigkeit des Wohnhauses, besonders davon, daß die Balken und Dachsparren zu nahe am Kamine waren, infolge dessen leicht ein Brand entstehen konnte. Statt nun gegen die Landbank einzuschreiten, forderte der Kommissarius die Frau des Ansiedlers als Besitzerin der Ansiedlung zweimal — im August und September d. Js. — bei Androhung einer Strafe von 60 Mark bezw. 6 Tage Haft auf, binnen 8 Tagen die in der Nähe des Kamins befindlichen Balken und Dachsparren mit Eisenblech zu beschlagen. Indes war diese Verfügung infolge gewisser Unkorrektheiten ungesetzlich. Da sich nun der Ansiedler bezw. dessen Frau mit ihrer Klageschrift bezw. Beschwerde an eine unrichtige Instanz wandten, lief der gesetzliche Termin der Berufung ab, und das Strafmandat erhielt Rechtskraft. Schließlich wurde Frau Linnenkohl zum 21. November aufs Kommissariat geladen und ins Gefängnis gesperrt. Indes zeigte es sich — was sehr bezeichnend ist —, daß die Balken und Dachsparren schon mit Eisenblech beschlagen waren und zwar auf Anordnung des Landrats Herrn von Tilly. Dies sollte im März d. Js. und das angeblich ohne Wissen der Bewohner des Hauses geschehen sein. Die Frau wurde also unschuldig ins Gefängnis gesperrt. Ihr Mann machte unverzüglich eine Eingabe an den Staatsanwalt, um deren Entlassung aus dem Gefängnis — der sofort Folge gegeben wurde — und um die Einleitung des strafrechtlichen Verfahrens gegen den Herrn Kommissarius.

Aus Nr. 278 des Orędownik (Posen) vom 4. Dezember 1910:

In der Zeit vor Weihnachten

sollte jeder an unsere alte Losung: „Der Landsmann zum Landsmann", denken.

Am morgigen Sonntag beginnt die eigentliche Weihnachtsgeschäftszeit, welcher unsere von den Fremden und nicht minder von gewissen Kreisen der eigenen Volksgemeinschaft boykottierte Kaufmannschaft so große Bedeutung beimißt. Von einer guten Ernte in der Zeit vor Weihnachten hängt gradezu die weitere Existenz so manches Kaufmanns ab. Darum ist es Pflicht eines jeden Polen, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen durch das Hintragen der Groschen in die jüdischen Geschäfte nicht getäuscht werden.

Mancher gibt sich gewiß nicht Rechenschaft darüber, weshalb es unsere Pflicht ist, die polnischen Kaufleute und Handwerker zu unterstützen. Der Betreffende

weiß bei der Unterstützung der Fremden gar nicht, ein wie großes Unrecht er seiner ganzen Volksgemeinschaft zufügt.

Der Kaufmann und Handwerker ist in der Stadt der wichtigste Faktor des Polentums. Ist er wohlhabend, dann sind die Polen im Stadtparlament oben auf, und sie können auf das ganze städtische Regiment einen bedeutenden Einfluß ausüben. Schon das ist ein sehr wichtiger Umstand, welcher bei unseren Einkäufen zu Gunsten des polnischen Kaufmanns und Gewerbetreibenden entscheiden sollte.

Darüber hinaus sollten wir mit unseren Groschen die Landsleute deshalb unterstützen, weil die Volksgemeinschaft andererseits nur von den Landsleuten Vorteile erhoffen kann. Der Fremde wird für unsere Zwecke keinen Groschen hergeben; im Gegenteil, er möchte haben, daß alles, was unser ist, zu Grunde gehe, niemals ein Aufblühen erlebe.

Allerdings versteht auch unsere Geschäftswelt ihre Aufgaben gegenüber der Volksgemeinschaft noch nicht hinlänglich. Es fehlt ihr an Organisationssinn. Die Allgemeinheit der Kaufmannschaft meidet sogar die eigenen beruflichen Organisationen, indem sie zusammen mit den Deutschen simultane Vereine gründet. Man sieht diese Leute, abgesehen von rühmlichen, lobenswerten Ausnahmen, in unseren nationalen Vereinen nicht. Aber jedenfalls ist es in dieser Hinsicht schon besser als früher, und wir können hoffen, daß in Zukunft unsere ganze Kaufmannschaft ohne Ausnahme auf allen Gebieten unserer nationalen Arbeit tätig sein wird.

Auch im Handwerkerstande gibt es noch viel Individuen, die ihre persönlichen Pflichten gegenüber dem Rest der Volksgemeinschaft nicht fühlen, obwohl es hier i. A. etwas besser aussieht.

Diese unsere Kaufleute und Handwerker, welche bisher die nationale Arbeit meiden, werden wir für die nationale Sache durch Rücksichtslosigkeit nicht gewinnen. Durch mildes Zureden, zartes Hinweisen auf die nationalen Pflichten, wobei man für die Zukunft die Unterstützung von einem starken Sichvereinigen mit unseren nationalen Bestrebungen abhängig macht, werden wir in dieser Hinsicht am weitesten kommen.

Denken wir somit in dieser Zeit vor Weihnachten an unseren polnischen Kaufmann und Handwerker, indem wir in erster Linie die berücksichtigen, welche unsere Ziele und Bestrebungen fördern.

Aus Nr. 23 des Kupiec (Posen)
vom 1. Dezember 1910:

Denken wir bei den Weihnachtseinkäufen an unseren Handel, an unser Handwerk.

In der Zeit vor Weihnachten versenden wir den Kupiec nicht nur an unsere ständigen Abonnenten, sondern auch an viele unserer bedeutenderen Bürger. Weil in dieser Zeit viel mehr gekauft wird, möchten wir dafür sorgen, daß unsere Kaufleute und Handwerker mehr unterstützt werden, insbesondere die Firmen, die in unserem Blatte inserieren. Es sind das angesehene Firmen, zu denen unsere Leser Vertrauen haben können. Bei den Einkäufen bitten wir, daran zu erinnern, daß das Inserat im Kupiec gelesen worden sei, damit die betreffende Firma erfahren könnte, daß das Inserieren in unserem Blatte nicht zwecklos ist. Diejenigen Kaufleute und Handwerker, die im Kupiec inserieren, tragen zu seiner Erhaltung viel bei. Deshalb kann der Kupiec auch existieren und seine Aufgabe hinsichtlich der Förderung des polnischen Handels und Handwerks, deren Unterstützung im Interesse der Gesamtheit liegt, erfüllen.

Aus Nr. 281 des Postęp (Posen)
vom 8. Dezember 1910:

Korrespondenz.

Schroda, den 5. Dezember.

Sonntag, den 4. Dezember veranstaltete der Mäßigkeitsverein „Wyzwolenie" im Saale des katholischen Hauses eine Grunwaldfeier. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Feier war der Saal **dicht gefüllt.** (Der Saal faßt etwa 300—400 Personen. Red. d. Ges.-Üb.) Um 8 Uhr spielte die Musik hinter den Kulissen einen schönen Hymnus, dann erst ging der Vorhang in die Höhe. Die Bühne war herrlich dekoriert, in der Mitte hing das Bild des Königs Jagiello, gemalt von Palszewski aus Schroda. Auf der Bühne sangen gegen 30 Damen und Herren das herrliche Lied „Gottesgebärerin". Das Lied ist herrlich gelungen — daher erdröhnte der Saal unter dem Beifall.

Nunmehr deklamierte die stellvertretende Vorsitzende des „Wyzwolenie", Frau Palszewska. Ihr „Grunwald" wird uns lange im Gedächtnis haften bleiben.

Dann spielten Nowakowski, Wojciechowski, Palczewski und Zimny das Quartett „Der Marsch der Jagiellonen" und „Konrad Wallenrod". Es muß anerkannt werden, daß das Spiel meisterhaft gewesen ist. Man kargte daher nicht mit Beifall.

Geistlicher Napierala, der Vereinsvorsitzende, liest die Geschichte des Kreuzritterordens vor, charakterisiert die Schlacht bei Grunwald, die Bedeutung und Folgen des Sieges.

T. Szymanski deklamiert „Zawisza Czarny".

Nunmehr sang Frau J. Prauzinska das Lied „Nie wydrzecie" (Ihr werdet nicht entreißen). Der Gesang war direkt bezaubernd und rührte manchen zu Tränen. Der Beifall wollte nicht enden, und das Lied mußte noch einmal wiederholt werden.

Dann wurde das szenische Bildchen „Auf dem Grunwaldfelde spielende Kinder und die Geister der Ritter" — verbunden mit einem lebenden Bild — gegeben. Zum Schluß sang der gemischte Chor den „Hymn polski (der polnische Hymnus).

Die ganze Veranstaltung ist wider Erwarten gut gelungen. Daraus kann man erkennen, daß der Verein „Wyzwolenie" einen Mann hat, der ihm mit Leib und Seele ergeben ist — und dieser Mann ist der Geistliche Napierala.

Dieser hat nun mit seiner Handvoll Mitglieder (wie ich gehört habe, gehören dem Verein nur **11 Männer** und **einige Frauen** an!!) eine so herrliche Feier veranstaltet! Dafür sei ihm Ehre! Es ist zu erwähnen, daß unsere Intelligenz trotz erfolgter Einladung an der Feier nicht teilgenommen hat —, dafür aber ist sie schon im deutschen Theater in Posen bemerkt worden.

Ein Teilnehmer.

Aus Nr. 279 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 6. Dezember 1910:

Eine Feier des Novembergedenktages veranstaltete der Jersitzer Sokolverein in seiner Monatssitzung am Sonnabend im Lokal des

Rakowski. Anwesend waren etwa 60 Mitglieder und 20 geladene Gäste, darunter mehrere Damen. Einen dem Gedenktage entsprechenden herrlichen Vortrag hielt Kamerad St. Wolski. Der Gesangverein Halka brachte mehrere Gesänge zu Gehör, was zur Hebung der Feier außerordentlich viel beitrug. Geistlicher K. spornte in einer kernigen Ansprache die Anwesenden an, Geist und Körper zu üben. Es folgten Deklamationen des Geistlichen W., des Vorsitzenden des Sokolvereins, Josef Tucholski, und des Boleslaus Samolinski.

Der Jersitzer Sokolverein zählt gegenwärtig 110 Mitglieder. In letzter Zeit ist beschlossen worden, auch Frauen in den Verein aufzunehmen. Es steht zu erwarten, daß die Frauen von dem ihnen zustehenden Recht Gebrauch machen und zahlreich in die Reihen der Sokolinnen eintreten werden. T.

Aus Nr. 274 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 30. November 1910:

Etwas über das Sokoltum.

Znin, den 28. November.

Unser Sokoltum im Gau I erfaßt immer weitere Kreise. Es ist dies das Verdienst des Gauvorstandes, der nicht nur in verständiger Weise den Gau leitet, sondern auch immer mehr seinen Einfluß dahin geltend macht, daß die Sokolidee Verständnis findet. Unlängst erwachte der Sokol in Mogilno aus seiner zweijährigen Erstarrung, und ebenso wie im Anfang beginnt er sich gut zu entwickeln, da er einen energischen und umsichtigen Vorsitzenden an seiner Spitze hat. Wir erwarten, daß die dortige Bürgerschaft ihn kräftig unterstützen und die polnische Jugend zahlreich unter seine Standarte treten wird.

Gestern ist wieder ein Sokolverein in Znin gegründet worden. Es sind ihm 25 Mitglieder beigetreten. In den Vorstand wurden gewählt die Kameraden:

C. Mizgalski, Vorsitzender;
Johann Roman Krolak, Schatzmeister;
Helinski, Schriftführer.

Außerdem wurden vier Beisitzer gewählt.

Zur Versammlung waren der Sokol-Mutterverein aus Hohensalza, sowie einige Kameraden vom Bartschiner Sokolverein eingeladen worden.

Der in der Versammlung anwesende Gauvorsitzende, Kamerad M. Gruszczynski aus Hohensalza, hielt einen längeren, ausführlichen Vortrag über die Sokolidee, der ebenso, wie auch seine Ansprache, häufig von dem Beifall der Anwesenden unterbrochen wurde. Redner empfahl den Mitgliedern des jüngsten Sokolvereins vor allen Dingen Ausdauer, Unerschrockenheit bei dem einmal begonnenen Werke und Anpassung an die Grundsätze der Sokoldisziplin. Strohfeuer dürfe bei uns nicht existieren, nur systematische und planmäßige Tätigkeit, weil nur diese die Arbeit mit Früchten kröne.

Ein allgemeines Bravo bildete den Widerhall der vorstehenden Worte.

Znin ist eine vorherrschend polnische Stadt, die Bürgerschaft ist wohlhabend und intelligent, die polnische Jugend ist zahlreich vertreten: es ist also nur unauslöschliche Begeisterung erforderlich, man muß sich nur der Sache annehmen, und der dortige „Sokolverein" wird sich nicht nur eine gesicherte Existenz, sondern auch eine günstige Entwickelung erringen.

Wie ich erfahren habe, hat auch Pakosch die Absicht, dem Beispiel Mogilnos und Znins zu folgen. Auch dort ist der Sokolverein eingeschlafen. Seine Ideen leben in seinen Mitgliedern, er hat aber bei seinen Kämpfen mit den Widerwärtigkeiten den Mut verloren und ist in Erstarrung versunken. Ich hege indessen die Hoffnung, daß er in Kürze zum Leben und zum Fluge erwachen wird. Ebenso steht die Gründung eines Sokolvereins in Argenau bevor. Der Gedanke wird dort schon seit einigen Jahren erörtert; es hat den Anschein, als ob es schon im nächsten Jahre zur Verwirklichung des Gedankens kommen wird. Ebensolche Gerüchte werden mir aus Labischin mitgeteilt.

Der Dziennik Kujawski hat schon viel über die Sokolidee geschrieben, aber das Verständnis für sie ist in unserer Volksgesamtheit noch immer ein geringes. Andernfalls würde sich alles endlich unter den Fittichen des Sokol (Falken) zusammenscharen. Unser Bürgerstand will sich aus Angst vor der Regierung, welche die Sokolvereine zu den politischen Vereinen zählt, nicht bloßstellen, gleichsam als ob er von der Regierung Förderung in seiner Entwickelung erwartet.

Wir wissen nur, daß die preußische Regierung Millionen zur Förderung des Deutschtums ausgibt; zu diesen Millionen tragen auch wir in Form von Steuern bei; aber von uns erwiesenen preußischen Wohltaten haben wir nichts gehört. Kindische Naivität ist also die Furcht, dem Sokol anzugehören und sich nach außen hin zu ihm zu bekennen.

Wir sind preußische Bürger, wir dürfen also politischen Vereinen angehören, wenn auch die Sokolvereine in Wirklichkeit nicht solche sind. In dieser Hinsicht beschämen uns unsere jüdischen und deutschen Mitbürger durch ihren Mut. Sie gehören den Hakatisten-Vereinen an, deren Aufgabe es ist, das Polentum zu bekämpfen, und dennoch fürchten sie nichts. Die Juden z. B. leben überwiegend von uns.

Durch Feigheit werden wir nichts erringen: wer aus Angst fortläuft, den jagen die Hunde am meisten. Mögen hieran alle jene denken, die sich noch vom Sokolverein fernhalten.

Es ist endlich Zeit, daß wir erwachen und außer der Losung „Der Landsmann zum Landsmann" noch unsere andern wichtigen Aufgaben begreifen. Und wenn uns das Volk häufiger in der Werkstatt der nationalen Arbeit sehen wird, dann wird es besser verstehen, wer sein „Landsmann" ist.

Aus Nr. 277 des Lech (Gnesen) vom 7. Dezember 1910:

Das Sokoltum im 1. Gau.

Die Sonntagsberatungen der Vorsitzenden, Turnwarte und Delegierten der Sokolvereine, die dem Gau I angehören, boten kein allzu günstiges Bild der Entwickelung des Sokoltums in diesem Gau. Es gehören ihm allerdings 12 Vereine an, von denen aber nur 3, nämlich Hohensalza, Gnesen und Strelno, aktiv tätig sind. Es wird auch in den anderen Vereinen gearbeitet, aber überwiegend ist diese Arbeit wenig intensiv und angespannt. Unsere Schuld ist es allerdings nicht überall, daß die Sokolidee nicht Grund fassen kann, wie z. B. in Tremessen und Exin, wo man trotz des besten Willens keinen Saal zu Versammlungen und Turnübungen erhalten kann. Deshalb ist auch im allgemeinen der Stand des Turnwesens in unserem Gau ein mäßiger, wofür die Tatsache als Beweis gelten kann, daß zum Gautage kaum 80 Turner erschienen waren.

Der Gauvorstand ist in gewisser Hinsicht bemüht gewesen, das Sokoltum im Gau zu regerem Leben zu erwecken. Seinen Bemühungen ist es zu verdanken, daß die Vereine in Mogilno und Znin wieder ins Leben

gerufen worden sind, daß die Tätigkeit des Vereins in Kruschwitz wieder belebt worden ist, aber es bleibt in dieser Hinsicht noch viel zu tun übrig. Man muß auch zugeben, daß der Gauvorstand in der Sonntagsversammlung durch eine umfangreiche Tagesordnung das größtmöglichste Interesse für die Sokolangelegenheiten bei den Anwesenden und bei den einzelnen Vereinen des Gaus zu erwecken bemüht gewesen war. Wir sind indessen der Ansicht, daß die Erledigung der einzelnen Punkte der Tagesordnung keine allzu glückliche war. Nüchterne Empfehlungen gewisser Reformen bringen unseres Erachtens nicht den gewünschten Erfolg. Um dies zu erreichen, ist ein ausdrücklicher Befehl erforderlich, zu dessen Durchführung durchaus eine Kontrolle notwendig ist. Es ist also besser, weniger Sachen zu berühren, ihnen dafür aber eine völlig konkrete Form zu geben, als eine große Anzahl solcher mit ungreifbarer Form.

Von solchen Reformen versprechen wir uns nicht nennenswerte Resultate.

Daß die Arbeit im Gau sich nicht gehörig entwickeln konnte, beruht zum Teil auch auf einem gewissen im Schoße der Mitglieder des Vorstandes selbst herrschenden Antagonismus. Dieser Antagonismus hat sich auch in der Sonntagversammlung ziemlich deutlich bemerkbar gemacht, und die Folge davon war die, daß der bisherige Gauturnwart trotz der Bitten der Anwesenden dieses Amt nicht weiter übernehmen wollte. Er gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß er durch sein Abdanken den Stein des Anstoßes beseitigen und der Sokolsache im Gau dienen wolle. Wir bedauern es aufrichtig, daß Privatrücksichten und persönlicher Ehrgeiz eine in jeder Beziehung so hervorragende und erfahrene Kraft veranlaßt haben, abzudanken. Ebenso können wir uns nicht mit dem Bestreben einzelner Personen einverstanden erklären, das dahin zielt, die Regierung im Gau dem Einfluß eines Menschen zu unterwerfen. Solche Bestrebungen halten wir für verderblich. Im gleichen Sinne hat sich auch die Majorität der Sonntagsversammlung ausgesprochen. Aus diesen Gründen stieß auch der Vorschlag des Gauvorstandes, an Stelle der ausscheidenden Mitglieder des Gauvorstandes in Hohensalza wohnhafte Kameraden zu wählen, damit sich der ganze Vorstand, um erfolgreicher arbeiten zu können, an einem Orte befinden solle, auf heftigen Widerstand. Zum Gauturnwart wurde allerdings der Turnwart des Vereins in Hohensalza gewählt, aber nur auf den Rat des bisherigen Turnwarts, der ihn zu seinem Nachfolger bestimmt hatte, während die Gaukasse nach Strelno verlegt wurde.

Eine stellenweise äußerst heftige Diskussion rief der Vorschlag des Gauvorsitzenden und des Vereins Hohensalza hervor, die Sokoluniform abzuändern. Es wurde eine Uniform mit Schnüren, Sternen, Zahlen, eine besondere Mütze, lange Stiefel usw. vorgeschlagen. Die Begründung des Vorschlages war eine äußerst schwache. Die Gegner des Projektes führten aus, daß die Sokolidee tief in den Herzen der Sokols stecken müßte und daß sie sich nach außen hin durch Taten und nicht durch mehr oder minder prächtige Uniformen äußern müßte. Deshalb fiel dies Projekt auch durch, trotzdem die Antragsteller zur Unterstützung desselben wahrheitswidrig behauptet hatten, daß der Bund dies Projekt angenommen hätte.

Auf die weiteren Einzelheiten der Sonntagsversammlung, die zeitweise einen äußerst stürmischen Verlauf nahm, wollen wir nicht weiter eingehen. Zum Teil lag dies an der Unkenntnis der Bundesstatuten.

Wir hoffen indessen, daß diese Meinungsverschiedenheiten, die in der augenblicklichen Erregung häufig in scharfer Form ausgesprochen wurden, durchaus nicht ungünstig auf die Entwickelung unseres Sokoltums im Gau einwirken werden, sondern daß sie vielmehr jeden einzeln und alle zusammen zu intensiver und ehrlicher Arbeit an sich selbst anregen werden. Denn nur dann werden wir die Sokolidee zu vertiefen imstande sein, nur dann werden wir wahre Sokols werden.

Aus Nr. 23 des Kupiec (Posen)
vom 1. Dezember 1910:

Die Organisationskommission des Verbandes kaufmännischer Vereine

dient auf Wunsch hinsichtlich der Gründung neuer Vereine selbständiger Kaufleute gern mit jeglichen Informationen, auch entsendet sie zur Hilfe ihre Delegierten zu konstituierenden Versammlungen. In den letzten beiden Monaten sind kaufmännische Vereine entstanden in: Thorn, Pakosch, Argenau, Tremessen, Wreschen, Schildberg, Gräz, Kosten, Czarnikau, Samter und Schmiegel.

Das sollte ein Ansporn sein für andere Städte; auch sie sollten zur Gründung eigener kaufmännischer Organisationen schreiten. Wir haben noch viele Städte im Großherzogtum, in denen die polnische Kaufmannschaft ziemlich zahlreich vertreten ist.

Aus Nr. 23 des Kupiec (Posen)
vom 1. Dezember 1910:

In Sachen der allgemeinen kaufmännischen Zusammenkünfte.

Die allgemeinen kaufmännischen Zusammenkünfte halte ich zum Zwecke der Verständigung aller kaufmännischen Organisationen in allgemein kaufmännischen Sachen, wie auch in solchen, welche die einzelnen Individuen betreffen, für überaus notwendig.

Die drei allgemeinen kaufmännischen Zusammenkünfte, die s. Zt. vom kaufmännischen Verbande einberufen wurden, hatten gewissermaßen denselben leitenden Gedanken, und zu Beginn des Jahres 1907 entstand bereits durch die Initiative des kaufmännischen Verbandes eine gemeinsame Kommission, die aus Vertretern des kaufmännischen Verbandes, der Vereinigung junger Kaufleute und dem Verbande reisender Kaufleute zusammengesetzt war, deren Zweck die genaue Bestimmung der Arbeit jeder dieser drei Organisationen sein sollte. Außerdem sollte diese Kommission gegenseitige Verständigung in wichtigen Sachen herbeiführen, und Streitigkeiten unter den einzelnen Organisationen und unter den einzelnen kaufmännischen Individuen schlichten. Diese Kommission hörte mit der Verlegung des Sitzes des Verbandes von Hohensalza nach Posen auf zu existieren; man müßte sie daher zum Wohle der Allgemeinheit der Kaufmannschaft wieder ins Leben zurückrufen.

W. von Ozdowski.

Aus Nr. 23 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. Dezember 1910:

„Polnische" Korrespondenten.

Obwohl die Korrespondenz im Handel eine überaus große Bedeutung hat, vermag die Allgemeinheit unseres Standes ihren Wert leider nicht zu schätzen.

Wie schon der obige Titel besagt, will ich nur die Lage der polnischen Korrespondenten und insbesondere ihre Kenntnisse in der polnischen Sprache dartun.

Bei der immer mehr zunehmenden Entwickelung unseres Handels ist die Kenntnis unserer Sprache insbesondere die Fertigkeit des Schreibens ein unentbehrlicher Faktor gewbrden.

Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß sich fremde Firmen gerne unserer Sprache bedienen, denn sie wissen recht gut, daß sie auf diese Weise ihre Waren am besten absetzen können. Aus diesem Grunde war auch eine zahlreichere Einstellung polnischer Kontoristen erforderlich. Manche Firmen beschäftigen ständig polnische Korrespondenten, die außer mit anderen Arbeiten, auch mit dem Übersetzen von Preisverzeichnissen und Broschüren, die zur gewöhnlichen kaufmännischen Propaganda dienen, beschäftigt werden.

Der seinerzeit angeregte Gedanke, die Kaufmannschaft — und mit ihr alle Stände — möge Waren nur in der Muttersprache bestellen, war leider ohne den erwünschten Erfolg. Es zeigte sich der Mangel eines einheitlichen Vorgehens; die selbständige Kaufmannschaft war damals noch nicht organisiert, und unsere Presse, die diesen Gedanken so warm empfahl, paßte sich diesem Gedanken selbst nicht an. Die ganze Aktion war verfrüht und nicht entsprechend vorbereitet. Zum Mißlingen der Sache trug auch die unzulängliche Zahl qualifizierter Korrespondenten bei.

Die obigen Worte beziehen sich besonders auf die Kollegen, die in deutschen Häusern in der Fremde arbeiten und die die Kenntnis der Muttersprache nicht zu schätzen wissen. Wenn sie einen Brief schreiben sollen, machen sie eine Menge Fehler.

Dieser Stand der Sache ist eine Erscheinung des Systems, das uns mit Gewalt auferlegt ist, dessen tieferer Zweck ist, unser teuerstes Erbe, das wir von unseren Vorfahren übernommen haben, auszurotten. Wir stehen angesichts dessen vor der Aufgabe, Selbsthilfe zu üben. Den einzigen Ausweg finden wir, wenn wir uns selbst unterrichten.

K. Donat.

Die obige Angelegenheit ist in unserer Kaufmannschaft sehr aktuell. Der Gebrauch unserer Sprache in unserer Kaufmannschaft ist nicht nur eine nationale Pflicht, sondern solches gereicht uns auch zum Vorteile in sozialer Hinsicht. Möge unsere gesamte Kaufmannschaft, die hiesige wie die in der Fremde, an die Durchführung dieser grundsätzlichen Aktion herangehen, und es werden Hunderte unserer polnischen Korrespondenten Beschäftigung in der Fremde finden, sie werden ihr kaufmännisches Wissen bereichern und, wenn sie in die Heimat zurückkehren, mit um so besserer beruflicher Ausbildung an die gemeinsame wirtschaftlich-soziale Arbeit herangehen können. Achten wir uns selbst, damit man uns achte.

Die Redaktion.

Aus Nr. 12 des Zjednoczenie (Posen) vom 4. Dezember 1910:

Mitteilungen des Vorstandes.

Die IV. Jahresgeneralversammlung des Vorstandes des „Zjednoczenie“ (Vereinigung der polnischen Frauenbildungsvereine) fand am 29. Oktober d. J. im katholischen Vereinshause in Posen statt.

Zu dieser Versammlung erschienen die Damen: Glowacka, Kolska, Stark und Slominska aus Posen, ferner Suchocka aus Pleschen, Wonsowicz aus Hohensalza und Wozwodzka aus Gostyn.

Ihr Nichterscheinen hatten entschuldigt die Damen: Bonin aus Czersk, Gosieniecka aus Gnesen, Karlowska aus Kempen. Ohne Entschuldigung war ausgeblieben Frau Teska aus Bromberg.

Bei Eröffnung der Versammlung teilt die Vorsitzende den Erschienenen mit, daß Fräulein Helene Rzepecka mit dem heutigen Tage aus dem Vorstande des „Zjednoczenie“ ausscheide.

Nach erfolgter Annahme des Berichts über die letzte Vorstandssitzung nahm man den Bericht über die laufenden Angelegenheiten entgegen und beriet sodann über die Organisation. Frau Suchocka bemühte sich an Ort und Stelle um den Anschluß der Berliner Frauenbildungsvereine an die Vereinigung.

Als Delegierte für die Ausstellung von Frauenarbeiten in Thorn wurden gewählt Frau Slominska und Frau Wonsowicz. Als Schriftführerin wurde an Stelle des Fräulein Helene Rzepecka Marie Glowacka gewählt.

Nach kurzer Diskussion nahm die Versammlung einstimmig ein Normalstatut für die dem Verbande angehörenden Vereine an und empfahl, es zum Druck zu geben.

Die Versammlung beschloß, die zweite Zusammenkunft der Delegierten Ende April 1911 abzuhalten.

Damit hatten die mehrstündigen Beratungen ihr Ende erreicht.

Der Vorstand.

A. Slominska, Vorsitzende.
M. Glowacka, Schriftführerin.

Aus Nr. 12 des Zjednoczenie (Posen) vom 4. Dezember 1910:

Ostrowo.

Bericht über die Tätigkeit des Frauenlesevereins in Ostrowo.

Am 12. Oktober fand eine Sitzung des Frauenlesevereins im katholischen Vereinshause statt. Eröffnet wurde sie von Frau Rechtsanwalt Lange. Die Anwesenden wurden ersucht, das Andenken der Dichterin Marie Konopnicka durch Erheben von den Plätzen zu ehren. Es wurde ein Vortrag gehalten über das Thema „Aus dem Leben und Wirken der Marie Konopnicka“ Frau Chrzanowska sang das Lied: „Wann gehst du von dannen“. Die Gedenkfeier wurde mit dem Deklamieren etlicher Gedichte der Verstorbenen geschlossen. Herr P. aus Ostrowo sprach über „Die Beteiligung der Frauen an der Nationalökonomie“. Redner tat dar, wie die Frau durch praktisches Wirken in der Befolgung der Losung „Jeder zu dem Seinen“ zur Hebung des polnischen Gewerbes und Handels beitragen sollte. Es entspann sich über dieses Thema eine lebhafte Diskussion, an der sich viele Mitglieder beteiligten. Zum Schlusse wurden nationale Lieder gesungen.

Der folgende Unterhaltungsabend war verbunden mit der dritten Quartalsversammlung, die am 26. Oktober, abends 9 Uhr, im katholischen Vereinshause stattfand. Aus dem Bericht der Schriftführerin ging hervor, daß im Laufe des dritten Quartals acht Unterhaltungen stattfanden, in denen sich der Verein mit den Werken Krasinskis befaßte.

Außerdem wurden folgende Vorträge gehalten:

1. „Eindrücke von der Grunwaldfeier“ — Fr. K. Lejo.

2. „Leben und Wirken der Marie Konopnicka" — Fr. K. Lejo.

3. „Beteiligung der Frauen an der Nationalökonomie" — Herr E. Piechocki.

4. „Über die Selbständigkeit der Frauen" — Vikar Ludwiczak.

Im August veranstaltete der Frauenleseverein einen Ausflug nach Goluchowo zum Zwecke der Besichtigung des Schlosses und der in ihm enthaltenen zahlreichen Sammlungen. Im September besuchten die Vereinsmitglieder gemeinschaftlich die Ausstellung von Bildern und Bildhauerarbeiten großpolnischer Künstler, in Ostrowo.

Klementine Lejo.
Schriftführerin.

Aus Nr. 275 des Lech (Gnesen)
vom 4. Dezember 1910:

Die Deutschkatholiken in Gnesen

führen schon seit längerer Zeit einen Kampf um die Franziskanerkirche, die sie ausschließlich für sich in Besitz nehmen möchten, trotzdem sie mit polnischem Gelde begründet und ausgestattet ist. Dieser Kampf wird nicht immer auf edle Art geführt. Bei der Franziskanerkirche gibt es einen Saal geringeren Umfangs, der zu Versammlungen, Sitzungen usw. gebraucht wird. Die deutschen Katholiken können es nicht vertragen, daß die Polen diesen Saal benutzen, und man ist deshalb bemüht, die Schulbehörde zu veranlassen, daß sie den Zutritt zu dem kleinen Saal, der sich auf dem Schulgrundstück befindet, verbietet. Außerdem hat man die Polen bei der Regierung denunziert, daß sie die Deutschkatholiken bei ihrem Gottesdienste stören.

Infolgedessen wird den Polen empfohlen, den für die Deutschkatholiken bestimmten Gottesdienst überhaupt nicht zu besuchen. Dann wird man sie nicht denunzieren können, daß sie die Deutschen bei ihrem Gottesdienste stören. Schließlich bahnen alle jene Polen, welche deutsche Gottesdienste sowie auch Predigten besuchen und am deutschen Gesang teilnehmen, der Germanisierung durch die Kirche selbst den Weg. Leider fehlt es in Gnesen nicht an solchen Polen, die es vorziehen, den für die Deutschkatholiken bestimmten Gottesdienst zu besuchen. Wer die Gnesener Verhältnisse nicht kennt, der könnte infolgedessen leicht annehmen, daß die Zahl der Deutschkatholiken in Gnesen sehr bedeutend ist. Wenn nun die Polen aufhören würden, den Gottesdienst der Deutschkatholiken zu besuchen, dann würde sich zeigen, daß es nur eine Handvoll Deutschkatholiken gibt, und die Kirche würde durch Leere glänzen. Die Polen liefern den Deutschen also selbst den Vorwand, auf Grund dessen sie völlige Absonderung und die Bildung einer eigenen deutschkatholischen Parochie erstreben. Und dies liegt doch weder in unserem eigenen Interesse noch im Interesse der Kirche!

Aus Nr. 275 des Dziennik Bydgosky (Bromberg)
vom 3. Dezember 1910:

Unser Bürgerstand.

Dieser Tage berichteten wir über die Polen in Znin, die sich an dem Kommers zu Ehren des dortigen Bürgermeisters Wodtke beteiligt hatten. In dieser Angelegenheit ist uns noch nachstehende Korrespondenz zugegangen:

Znin.

Wie den Lesern des Dziennik Bydgoski bereits bekannt ist, feierte der hiesige Bürgermeister, Herr Wodtke, am 26. November sein 25jähriges Amtsjubiläum.

Bei dieser Feier fehlten auch die Polen nicht. Wer seine nationale Würde achtet, der hätte sich an diesem Fest nicht beteiligen dürfen. Um so trauriger ist aber noch für uns die Erscheinung, daß zwei Herren, Balski und Johann Bukowski, sehr untertänige und patriotische Reden gehalten hatten.

Herr Bukowski, welcher Vorsitzender des unlängst hier gegründeten Lehrlingsvereins ist, hat in seiner Ansprache bemerkt, daß unsere Stadt aus Dankbarkeit für die Verdienste des Herrn Wodtke den Namen „Znin" in „Wodtketal" umändern müßte. Man muß sich nur wundern, daß Herr Bukowski, der sich als früherer Restaurateur schon so häufig von dem Wohlwollen unserer Feinde überzeugt hat, stets noch herumschwänzelt und sich dort herumdrückt, wo man ihn fortstößt.

Wie kann man sich darüber wundern, daß man unsere uralten Namen germanisiert, wenn wir selbst dies fordern. Wir können also in nicht allzu langer Zeit erwarten, daß der alte Name „Znin" in das kulturelle „Wodtketal" umgetauft wird. Herr Bukowski geht noch immer von der Ansicht aus, daß die Polen ihn unterstützen müssen, während die Deutschen dies nur aus Gnade tun. Wir sehen hier in ganz greller Weise, wie Herr Bukowski die Losung „Der Landsmann zum Landsmann" auffaßt. Wir haben in unserer Stadt leider noch viele andere Kaufleute, die unseren nationalen Losungen nur zu ihrem Vorteil ausbeuten und auf Kosten derselben ihre Taschen füllen, während sie andererseits für die Volksgesamtheit absolut nichts tun. Sie sind sogar zu bequem dazu, sich an den Vereinssitzungen oder auch an anderen sozialen Arbeiten zu beteiligen.

Herr Balski hat im Namen der nicht anwesenden Bürger gesprochen (wenn ihm auch niemand einen Auftrag erteilt hat), welchen der Jubilar unzählige Dienste geleistet haben soll, wovon niemandem etwas bekannt ist. Herr Balski galt in den Vereinen als wackerer patriotischer Pole. Sein Verhalten ist um so merkwürdiger, als er bisher das völlige Vertrauen der Gesamtheit besaß. Die Herren haben nicht nur sich selbst, sondern die ganze hiesige Bürgerschaft dem Gelächter und der Kritik der uns feindlichen Seite ausgesetzt.

Aus der uns übersandten Mittwochnummer der Zniner Zeitung haben wir uns überzeugt, daß Herr Bukowski tatsächlich den Vorschlag gemacht hat, Znin in „Wodtketal" umzutaufen. Ferner, daß Herr Balski eine Rede zu Ehren des Bürgermeisters gehalten hat, der wegen seiner Abneigung gegen die Polen bekannt ist. Es ist für uns eine unangenehme Sache, dies zu erwähnen, weil wir beide Bürger bis jetzt von der besten Seite gekannt hatten. Wir haben sie für musterhafte Bürger gehalten, die anderen als Beispiel hätten dienen können. Um so schwerer fällt es uns heute, ihr Verhalten zu verstehen und wir müssen uns unwillkürlich die Frage stellen: Hat der Geist des knechtischen Wesens die Schichten unseres Bürgerstandes so weit durchtränkt, daß sie sich von ihm nicht befreien können? Wenn solche Dinge auf dem grünen Holze entstehen, was wird erst auf dem trockenen entstehen!

Aus Nr. 274 des Lech (Gnesen)
vom 3. Dezember 1910:

Der Nachfolger Drzymalas.

Jedes Kind bei uns weiß, wer Drzymala ist und was er mit seinem Wagen durchgemacht hat, bevor ihn die Hand der preußischen Gerechtigkeit zwang, Kaisertreu zu verlassen und seinen Wagen dem Nationalmuseum in Krakau zu übergeben. Gegenwärtiger Eigentümer des Drzymalaschen Grundstückes ist der Abdecker Emil Conrad aus Berlin oder richtiger seine Ehefrau, die das Grundstück am 1. Juni d. J. erworben hat. Die Eheleute bemühten sich natürlich, ein Dach über dem Kopfe zu erhalten, sie kamen also um die Erlaubnis ein, ein Wohnhaus erbauen zu dürfen. Die Behörde verweigerte diese Erlaubnis. Sie wohnten nun mit drei Kindern im Stall, aber auch hier ließ sie die Polizei nicht in Frieden, sondern sandte ihnen Strafmandate, bis schließlich Beamte erschienen, welche die Türen gewaltsam erbrachen und die ganze Familie an die frische Luft setzten, um sie nach einigen Stunden im Gemeindehause, in der Wohnung des Nachtwächters unterzubringen.

Gewiß werden unsere Leser ein derartiges Verhalten einer hochlöblichen Behörde zu verstehen nicht imstande sein. Daß man dem Drzymala nicht erlaubt hat, sich ein Dach über dem Haupte zu erbauen, daß man ihn sogar aus seinem Wagen herausgeworfen hat, das ist verständlich, weil Drzymala ein Pole war. Warum hat aber das gleiche Schicksal den Deutschen und Protestanten E. Conrad aus Berlin getroffen? Das ganze Geheimnis liegt darin, daß seine Frau mit ihrem Mädchennamen „Skrzypczak" heißt. Der polnisch klingende Name hat in diesem Falle genügt, um aus der Person des Abdeckers Emil Conrad aus Berlin, der ein geborener Deutscher und Protestant ist, der seine Kinder in deutschem Sinne und im lutherischen Glauben erzieht, einen Menschen zu machen, der das Deutschtum in den Ostmarken bedroht, und ihm nicht zu gestatten, sich ein Dach über dem Haupte zu errichten.

Die preußische Kultur feiert immer neue unerhörte Triumphe.

Aus Nr. 274 des Lech (Gnesen)
vom 3. Dezember 1910:

Eine erschreckende Nachricht

erhalten wir aus Gr.-Swiątnik:

Der Wirt J. Domagalski verhandelt angeblich mit dem deutschen Rittergutsbesitzer Wendorff wegen Verkaufs seiner über 120 Morgen großen Wirtschaft, und zwar fordert er 750 Mark für den Morgen. Wendorff hat die Wirtschaft bereits besichtigt und bietet 700 Mark für den Morgen.

Um Gottes willen, was geht hier vor! Wollen wir schon alle Lumpen werden!

In Groß-Swiątnik gibt es bis jetzt keinen Fremden. Will Herr Domagalski den traurigen Ruhm besitzen, daß er in diese polnische Reihe Bresche geschlagen und in das polnische Lager den Feind hineingelassen hat, der allmählich einen Posten nach dem andern erobern wird! Will er, daß der Fluch der ganzen Nation auf ihn, seine Kinder und alle Nachkommen fällt! Wir beschwören ihn, sich zu bestimmen und unsere heilige Mutter Erde nicht feindlichen Händen zu überliefern, denn er begeht eine schwere Sünde nicht nur gegenüber der polnischen Nation, sondern auch gegenüber unserm heiligen Glauben.

Aus Nr. 277 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 3. Dezember 1910:

Herr Bartecki

aus der Gegend von Mogilno, der in diesen Tagen Kunowo an die Ansiedlungskommission verschachert hat, verhandelt angeblich mit einem gewissen Bürger aus Schildberg wegen Ankaufs seines schönen 700 Morgen großen Gutes.

Also Achtung!

Aus Nr. 271 des Lech (Gnesen)
vom 30. November 1910:

Jüdische Frechheit.

In einem hiesigen jüdischen Geschäft sind Handtücher mit der Inschrift: „Boże zbaw Polskę!" (Gott erlöse Posen) aufgehängt. Es ist eine unerhörte jüdische Frechheit, sich zu Zwecken der Reklame — und zum Überfluß noch auf Wischlappen — dessen zu bedienen, was dem Herzen des Polen das teuerste ist! Mögen die Polen an diese jüdische Verhöhnung denken.

Eine interessante Sache ist es auch, daß die Polizei dies erlaubt die doch die Polen wegen fast unsichtbarer Aufschriften dieser Art auf Adlerchen usw. mit hohen Geldstrafen belegt hat.

Aus Nr. 278 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 7. Dezember 1910:

Bartschin, den 3. Dezember.

Eine traurige Hochzeit fand in Dombrowka bei Herrn F. Drabik statt. Zu dieser Hochzeit hatte er außer seiner Familie eine Menge von Deutschen eingeladen, so daß für die Familie des jungen Ehemannes kein Platz mehr vorhanden war.

Aus Nr. 257 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 3. Dezember 1910:

Von dem Verlag, Erklärung.

Nach Mitteilungen deutscher Zeitungen hat in dem Beleidigungsprozeß des Pastors Friedland der bisherige verantwortliche Redakteur des Dziennik Bydgoski, St. Szymanski, vor Gericht erklärt, daß er deshalb, weil ihm der Ton des „Dziennik Bydgoski" nicht gepaßt habe, aus der Redaktion ausgetreten sei.

Mit Verdruß haben wir festgestellt, daß Herr Szymanski in der Tat vor dem preußischen Gericht einen solchen Ausdruck gebraucht hat. Infolge des allgemeinen Erstaunens und der gerechten Entrüstung, die dies Verhalten hervorgerufen hat, halten wir es für unsere Pflicht, nachstehendes zu erklären:

Wir bedauern lebhaft, daß sich grade in unserm Verlage ein Mensch gefunden hat, der eine Tat begangen hat, die sich bis jetzt noch kein polnischer Redakteur hat zu schulden kommen lassen. Diese Tat mit ihrem richtigen Namen zu bezeichnen, überlassen wir den Lesern.

Unwahr ist es, daß Herr Szymanski, wie er dies vor dem preußischen Gericht erklärt hat, aufgehört hat, Redakteur des „Dziennik Bydgoski" zu sein, weil ihm die Schreibart der Zeitung nicht gefallen habe.

Der Verlag.

Aus Nr. 49 der Praca (Posen) vom 4. Dezember 1910:

Paula Wenzyk, die Jugendschriftstellerin und ständige Mitarbeiterin der Praca, veröffentlichte in Nr. 47 und dann 48 und 49 dieser Zeitschrift ein Weihnachtsspiel betitelt: „Jasełka (Weihnachtsspiel), szenisches Bildchen in einem Aufzuge". Personen: Ein Engel, ein Waisenkind, ein kleines Mädchen, ein Schornsteinfegerlehrling, ein Schusterlehrling, eine Witwe, ein Bauer und eine Bäuerin, ein Bauernjunge, ein Bauernmädchen und 4 Schulkinder.

Der Engel verkündet die Geburt Christi. Alle Personen, mit Ausnahme der Schulkinder, bringen dem Jesuskindlein ihre Gaben dar. Den Höhepunkt des Spiels bildet das Auftreten der 4 Schulkinder. Diese läßt nun die Schriftstellerin dem Jesuskindlein folgende Wünsche vortragen:

Das erste Schulkind:

O unser Jesulein, Du süßes Gotteskind,
Wir kamen hierher schüchtern und in Demut,
Um Dich zu begrüßen in der armseligen Krippe.
Wir müssen Dir unsere Not klagen.
Du bist ja auch klein und ebenso arm wie wir,
Du wirst also unsere Nöte und Schmerzen begreifen
Und unsere Klagen vielleicht in Freude verwandeln.
Man lehrt uns nicht mehr in unsrer Muttersprache,
Und wenn wir vieles nicht begreifen können,
Denn allzuschwer sind die fremden Silben,
So strafen uns scharf die Lehrer.
O, ändere doch unser Schicksal, süßes Gotteskind!
Wir haben nichts — doch wir bringen
Dir zum Geschenk diese schweren uns fremden Fibeln.
Denn auf ihnen sind die Spuren
Unsrer Tränen sichtbar!
Jesulein, Kindlein, helfe und rate!

Zweites Schulkind:

O, unser Jesulein, diese heilige Geschichte, die von Dir Wunder erzählt — kann sie jemand von uns begreifen und behalten, wird es uns gelingen, sie in unseren Herzen zu bewahren? O nein, Kindlein! Wir lieben Dich immer von ganzer Seele herzlich und wahrhaftig — aber wir kennen Dich so wenig, so wenig. Unaufgeklärt sind wir im allerheiligsten Glauben, denn man lehrt uns die (biblische) Geschichte in einer fremden Sprache, die weder im Herzen noch im Kopfe haften bleibt.

Drittes Schulkind.

Ich lege diesen Katechismus, o kleiner Gott, Dir als Geschenk ebenfalls zu Füßen — und vielleicht wirst Du ihn — Du in Wundern unbegreifliches, heiliges Kind in unseren, in einen polnischen verwandeln? Denn fürwahr, über alle Maßen verwickelt sich die Zunge und verdreht die Sätze — über das polnische Kind erbarme Dich, o Herr!

Viertes Schulkind.

Ach, ich möchte so gerne o kleines Kindlein, Dir zu Ehren ein Liedlein singen. Doch wie ein Stein drückt ein merkwürdiger Schmerz die Brust, ich schäme mich, ich kenne keine polnischen Weihnachtslieder, o Kindlein!

Denn man lehrt uns weder eine polnische Geschichte noch polnische Lieder, die doch so **herrlich** sind. Ich werde wohl also — da heute der Strahl deines Sternleins aufblitzte, hier mit einer stillen Bitte hinknien.

Es ist so leer, kalt und fremd in dieser Schule, aus welcher man unsere wunderschöne Sprache vertrieben hat. Eine Angstwolke sitzt auf meiner Stirn, und schweren Herzens kehre ich dorthin täglich zurück.

Da ich dorthin schon gehen muß, gehe ich, doch flehe ich dich, Kindlein, aus meiner ganzen Seele, aufrichtig und herzlich an:

Mögen doch, o Herr, diese **Tage vergehen!** An dich sende ich heute meine tränenreiche Bitte: **Gib der Muttersprache ihr früheres Recht wieder!**

(Nachdem die Kinder ihre Wünsche dargebracht haben, bleibt es einen Augenblick lang still, später erscheint wiederum der Engel und spricht langsam und ernst.)

Engel.

Das Gotteskindlein kam auf die Welt und weilt unter uns Sündern: In einer armen Krippe liegt in Demut der Welterlöser und der Gott der Liebe.

Er verschmähte den Palast, damit das Echo überall in der Welt verkünde, daß in der strohbedeckten, armen Hütte das allerheiligste Kindlein zur Welt gekommen ist.

O seid stolz auf euer Ungemach, denn Jesus hat euren Stand hoch erhoben. Möge euch eure Armut nicht schmerzen, noch Tränen des Grams in euren Augen glänzen. Dieser Gott des Ungemachs liebt das Ungemach! Wie er in Bethlehem in der Krippe geboren wurde, so nimmt er in der Welt überall dort Wohnsitz, wo Tränen und Schmerzen sind.

Mut, Kindlein, obwohl auch eure kleinen Herzen manchmal wehe tun, obwohl Tränen fließen, ertragt dies alles Gott zu Ehren, dafür wird euch euer himmlischer Vater belohnen.

Mit einem Sonnenstrahl wird Jesus diese Tränen aus dem Angesichte euch küssen und abtrocknen, alle sich merken und alle zählen, und mit goldener Heiterkeit eure Seelen erfüllen.

Heute ist es nicht die richtige Zeit dazu, Sorgen auszustreuen. Mögen heute eure Augen herzlich lachen, denn Jesus, der Gottessohn, den Gott euch zum Opfer sendet, ist geboren.

Kommt, bringt ihm eure Huldigung dar in einem Liede, das emporschwebt über den Erdenstaub hinaus in die Höhe: „Ehre dir Erlöser der ganzen Welt, Ehre dir Jesus, du Gott der Liebe!"

(Der Bauer und die Bäuerin, welche abseits stehend mit Rührung die Engelsworte gehört haben, fangen an „Gloria" zu singen. Die Kinder, welche an der Krippe knien, fallen mit ein. Nach Absingen einer Strophe hören sie auf. In der Eingangstür zeigt sich eine Rittergestalt, welche sich sehr langsam nähert. Der Helm und der Brustpanzer sind aus Pappe, welche mit Silberpapier überklebt sind, gemacht, ein langer, breiter Mantel ist über die Schulter geworfen.)

Die Schulkinder, auf die Rittergestalt sehend und sich zusammendrängend, sprechen laut zusammen: In dieser Nacht der Wunder und des Zaubers, der geheimnisvollen, heiligen Kraft, aus den Tiefen der Schluchten stand still der Schatten des Ritters aus seinem Grabe auf. Still stand der Schatten des Ritters auf, der damals von der Hand des Kreuzritters fiel. Er schwebt zu uns heran, er nähert sich uns wie der Vogel auf leichten Flügeln.

Der Ritter zum Publikum gewendet:

Dort weit auf dem Felde von Grunwald fiel ich, getroffen von des Todes Pfeil. Ach, wieviel Tropfen heißen Bluts sind damals vergossen worden — doch uns war alles angenehm, denn wir waren damals gewiß, daß wir des Feindes Macht vernichtet haben, daß nichts mehr eine weitere Not prophezeit. Und

indes, eure Klage läßt uns im Grabe nicht schlafen — denn des Bösen Macht ist größer geworden. Eure Herzen zerreißt die Verzweiflung .... Ich stand auf — ich bin, o Landsleute, von Grunwald her ein weißer Schatten; ich fordere euch zur fleißigen Arbeit auf, damit eure Herzen nicht verkrüppeln. Landsleute, hoch die Köpfe, hoch die Herzen, bildet eure Kinder — und auch für den **„Volksbibliothekenverein"** mögen sich eure Herzen begeistern! Das ist doch der einzige Herd, welcher eure Kinder erwärmen wird. — Bleibt bei ihm nahe stehen, denn sie werden euch sonst die Herzen eurer Kinder auslöschen! Beim Christus in der Krippe, verteidigt das Feuer, das in ihnen flammt. O Volk, mit Bitte strecke ich aus dem Grabe die Hände euch entgegen, und in schmerzlicher Furcht erhebe ich die Hände und bitte: **Wenn die Kinder grausam leiden, so gebt für die „Volksbibliotheken" eure Pfennige!**

(Der Ritter nimmt den Helm ab und streckt ihn den Zuschauern entgegen.)

Ende.

Aus Nr. 11 des Gryf (Berent) vom November 1910:

Professor Bernhard und die polnische Frage in der Kaschubei.

Die Person des Professors Bernhard ist heute sowohl in deutschen wie polnischen Kreisen bekannt. Unter seinen Landsleuten genießt er den Ruhm eines der besten Kenner der polnischen Verhältnisse im preußischen Teilgebiet. Früher war er Professor an der Akademie in Posen; dort lernte er in kurzer Zeit die polnische Sprache und studierte die polnischen Verhältnisse. Er hat sich das Vertrauen der hervorragenden polnischen Sozialpolitiker soweit erworben, daß man ihn allgemein für einen rechtschaffenen und gerechten Deutschen hielt und öfters abends einlud. Im Laufe des Gesprächs wurde häufig die polnische Frage berührt, und Professor Bernhard hörte zu und prägte sich alles genau ins Gedächtnis ein, wie er selbst darüber schreibt. Er hat um so eifriger aufgepaßt, als er hier Gelegenheit hatte, die Meinungen der kompetentesten Personen zu hören; ihm sind Bankakten usw. vorbehaltlos zur Einsicht gegeben worden, sodaß es ihm auf Grund dieser Forschungen gelungen ist, sich ein vollständiges Bild über die polnischen Verhältnisse zu machen. Das Resultat dieser Studien hat er in dem Buch „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat — Die Polenfrage 1907" veröffentlicht. Dieses Buch war im Fluge vergriffen. In diesem Jahre ist die zweite Auflage erschienen, die wir gerade vor uns haben. Es ist das wichtigste Buch, das bisher überhaupt in der polnischen Frage geschrieben worden ist. Den Deutschen hat Professor B. den Weg gezeigt, wie man die polnischen Verhältnisse überhaupt erforschen und wie man wissenschaftlich über sie schreiben muß. Heute ist schon ein ganzes Dutzend deutscher Literaten und Forscher in seine Fußtapfen getreten. Für die preußische Regierung ist B. hinsichtlich der Beurteilung der polnischen Angelegenheiten geradezu ein Orakel.

Es handelt sich uns nicht um eine Kritik dieses Buches, denn uns interessiert nur das, was Prof. B. über die polnischen Verhältnisse in der Kaschubei geschrieben, und ob er sich in die hiesigen Verhältnisse überhaupt so genau vertieft hat, wie er die Konstruktion der ökonomischen Maschine durchstudiert hat, die wir den „Verband der Erwerbsgenossenschaften" nennen.

Seine Erwähnung über die kaschubischen Verhältnisse ist ziemlich kurz (S. 368—370). Der Inhalt dessen, was er schreibt, ist nämlich:

„Freilich ist es ein alter Streitpunkt, ob die Bewohner der Kaschubei Polen sind oder etwas anderes. Die Ethnologen, sogar die polnischen, sind allmählich zu der Meinung gekommen, das Kaschubische sei anderen Stammes und Ursprungs als die polnische Sprache. Der Galizier Ramult veröffentlichte 1899 in Krakau ein Werk, das die Besonderheiten der Kaschubei nachwies und sie scharf von den Polen trennte.

Jedoch die Polen haben wenig Neigung, ihre Politik durch philologische Streitfragen stören zu lassen, und so ist die polnische Bauernrepublik, seit sie sich erstarken fühlt, an die Eroberung der Kaschubei gegangen."

Deutlich ist — schreibt er — im Aufbau der polnischen Banken zu erkennen, wie sich dieser Kampf markiert. Bis 1895 erreichte die Sphäre der polnischen Genossenschaften nur bis zur Grenze der Kaschubei. Die Polen besaßen in Groß-Schliewitz eine starke Bank und Genossenschaften in Czersk und Bruß. Das waren die am meisten vorgeschobenen polnischen Posten, hinter ihnen stand eine Gruppe kleinerer Genossenschaften in den Kreisen Schwetz und Tuchel. Alle diese Institutionen entstanden in den Jahren 1870 bis 80. (Die Bank in Dritschmin 1873, in Lubiewo 1873, in Neuenburg 1874, in Tuchel 1872, in Groß-Schliewitz 1873, in Bruß 1876 und in Czersk 1877.) Alle Versuche von Bruß und Czersk aus die Kaschubei durch Kreditarbeit zu erobern, war schwierig, denn der Kaschube stand dem Polen fremd gegenüber. Die polnischen Genossenschaftsleiter verstanden nicht sofort die Bedürfnisse der Kaschuben, insbesondere gingen sie nicht leicht genug auf die Einrichtung eines Personalskredits in kleinen Summen ein. Sie sahen nicht ohne weiteres, daß der Kaschube, selbst wenn er sein Äckerchen bebaut, doch nebenbei meist ein Handelsmann ist, der andere Zwecke verfolgt, als der polnische Bauer. Jedoch bald verständigten sich Polen und Kaschuben, oder besser gesagt — schreibt er — bald fanden die Polen sich in die Denkweise der Kaschuben hinein. Der Beginn dieser Arbeit war die Gründung der Volksbanken in Pelplin (1895) und Pr.-Stargard (1897). Nachdem so die Ränder ergriffen waren, wagte man Gründungen mitten in der Kaschubei. Im Jahre 1898 wurde eine Bank in Chmielno, 1899 in Sierakomitz, 1902 in Berent, 1904 in Stendsitz und 1907 in Lippusch gegründet. Erstaunlich war — unterstreicht B. — wie die Kaschuben den Banken zuströmten. Die Genossenschaft in Pelplin verdankt ihren schnellen Aufschwung durchaus dem Eifer, mit dem die kaschubische Bevölkerung die neuen Ideen aufnahm. — Hier zitiert B. einen Artikel aus der Gazeta Gdanska. Der gibt eine Charakteristik der kaschubischen Bevölkerung hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Befähigung und ferner einige Fingerzeige zur allgemeinen wirtschaftlichen Rettung der Kaschubei polnischerseits.

„Und so geschahs" sagt Prof. B. weiter mit Emphase. Noch ist diese genossenschaftliche Umstrickung der Kaschubei polnischerseits nicht vollendet, aber sie schreitet immer vorwärts, daß daneben alle staatlichen Maßnahmen unerheblich erscheinen. Denn der Kaschube, der sich nur an die Tatsache seines Lebens hält, sagt sich: „Vom deutschen Kaufmann werden wir bewuchert, der Pole bringt uns genossenschaftliche Hilfe." Damit ist die große Frage entschieden, die in Westpreußen so viele Köpfe heiß macht.

Damit schließt der interessante Absatz, den Prof. B. den Kaschuben widmet. Ob sein Urteil berechtigt ist?

Er hat nur in manchen Punkten Recht, und insbesondere:

1. Die Charakteristik der kaschubischen Bevölkerung in wirtschaftlicher Beziehung ist meiner Ansicht nach richtig.
2. Sehr richtig behauptet B., daß wirtschaftliche Rücksichten jene heikle Sprachenfrage entschieden hätten. Übrigens fehlt hier eine gewisse Ergänzung. Die kaschubische Bevölkerung als solche hat sich an dem Sprachenstreit gar nicht beteiligt. Es interessierte sie nicht, ob Ranult oder irgend ein anderer sie ein selbständiges Volk genannt hat, oder ob die preußische Regierung sie für ein nichtpolnisches Volk halten wollte. Durch ihr tatsächliches Vorgehen haben die interessierten Kreise jene lärmenden Theoretiker immer Lügen geziehen. Doch unberechtigt ist die Behauptung, als wenn jene polnische „Bauernrepublik" absichtlich auf die wirtschaftliche Frage in der Kaschubei Gewicht legt, um dadurch die theoretische Sprachenfrage totzumachen. Die Sprachenfrage hat weder in der polnischen wirtschaftlichen Frage in der Kaschubei eine Rolle gespielt, noch wird sie es je tun.
3. Die historische Entwickelung der Organisation der polnischen Genossenschaften in der Kaschubei hat Prof. B. gut gezeichnet, doch er irrt sich in der Beurteilung der Faktoren, die auf die Genesis jener Institutionen Einfluß gehabt haben.

Übrigens kennt Prof. B. die wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere das Verhältnis der polnischen Frage in der Kaschubei zur Psyche dieser Bevölkerung nicht gut, oder er beurteilt sie nach seiner Art. Daß er die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht kennt, beweist, daß er

a) die Genossenschaften in Pelplin und Stargard für kaschubisch hält und ihnen in der Eroberungsaktion für die Kaschubei eine wichtige Rolle zuschreibt;

b) sagt, die Banken in Bruß und Czersk seien mit der ausdrücklichen Tendenz zur Führung der Eroberungsaktion in der Kaschubei gegründet worden. Das stimmt nicht. Diese Banken wollten weder noch könnten sie so etwas machen. Die Genesis jener Banken ist eine ganz andere. Sie entstanden wegen der anormalen Wucherverhältnisse, wie sie infolge der Aufhebung des gesetzlichen Wucherverbots hier geherrscht haben (was von 1867 bis 1886 gedauert hat),

c) die Weiterentwickelung der Genossenschaftsorganisation, besonders im Norden der Kaschubei nicht berücksichtigt, was er, wenn er es gewußt hätte, zweifellos getan hätte, weil das doch Wasser auf seine Mühle ist.

Seine Zeichnung des Aufbaus der Genossenschaftsorganisation in der Kaschubei geht darauf hinaus, zu beweisen, daß die Kaschubei heute ein Glied jener Kette darstellt, die Prof. B. die „polnische Bauernrepublik" nennt, und daß diese Bauernrepublik, obwohl sie eine Erwerbs-, eine wirtschaftliche Organisation ist, eine nationale Form der polnischen Bevölkerung ist, die ihr die Möglichkeit gibt, sich als einen besonderen Staat im preußischen Staat zu fühlen. Die Tendenz dieses Buches ist: nachzuweisen, daß jene polnischen wirtschaftlichen Organisationsformen auch politische Formen sind.

Janowicz.

Aus Nr. 26 der Nasza Gazeta (Pr.-Stargard) vom 29. November 1910:

Horch . . . die Trompete bläst! Zum Novemberjahresfest.

Wieder von neuem aufleben müßten heute die großen Helden, die, als die Trompete erschallte, zu den Waffen griffen, Vater, Mutter, Schwester, Frau oder Braut verließen und in den blutigen Kampf zogen — in den Kampf, der soviel versprochen, aber die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hat.

Eine Schuld lag wohl vor, doch diese Schuld einzelner reißt nicht den Tausenden die Märtyrer- und Heldenkrone vom Kopf, die mit den Worten: „Für Glaube und Vaterland" auf den Lippen für die heiligste Sache gefallen, zum allmählichen Absterben nach Sibirien geschleppt worden sind.

Möge an dem heutigen Jahrestage in den Herzen des Millionenhaufens des polnischen Volkes **diese heilige Vaterlandsliebe wieder aufleben,** für die das Gift schmackhaft ist, für die Banden und Fesseln nicht entehrend sind, für die es einem nicht leid tut, in Elend zu leben, für die es einem nicht leid tut, **auch zu sterben.**

Eine Kriegstrompete erschallt uns heute nicht mehr, dagegen ertönt uns fortwährend die Lebenstrompete, die uns zur rechtschaffenen und wackeren Tätigkeit für das Wohl unseres heimatlichen Herdes und für das Wohl der nationalen Sache auffordert.

Wenn heute eine solche Lebenstrompete ertönt, dann muß man auch heute Weib und Kinder sowie die Braut verlassen, das Vergnügen aufgeben — doch nicht auf Wochen, auf Monate oder gar fürs ganze Leben bis zum Wiedersehen im Himmel, sondern nur auf einige Stunden. Und trotzdem — wie viele stellen sich taub, wenn diese Trompete zur Sitzung zur Versammlung, wenn sie zur Wahlurne ruft! Wie viele stellen sich taub, wenn diese Trompete zu kleinen Gaben für nationale Zwecke, für den Volksbibliothekenverein, für die Unterrichtshilfsvereine und für Wahlbedürfnisse ruft.

Möchte der heutige Jahrestag dazu beitragen, daß solche tauben Ohren immer seltener werden, daß sich unsere nationale Opferwilligkeit immer mehr hebt.

Aus Nr. 26 der Nasza Gazeta (Pr.-Stargard) vom 29. November 1910:

Der Stolz der gottlosen Europäer, Ernst Häckel,

ist aus der protestantischen Kirche ausgetreten. Das hat weiter keinen Eindruck gemacht, denn er ist schon allgemein als wissenschaftlicher Betrüger und Fälscher erkannt worden.

Aus Nr. 144 des Pielgrzym (Pelplin) vom 1. Dezember 1910:

Das Zentrum bei der Arbeit in Culm.

Bei der Zusammenkunft der Zentrumspartei in Dirschau sind vor mehreren Tagen Worte gefallen, als wenn die Zentrumsleute in verschiedenen Kreisen und Städten Westpreußens bei entsprechender Unterstützung durch die Polen einen entschiedenen Standpunkt einnehmen würden.

Mit Recht hat der „Pielgrzym" in seiner umfangreichen Berichterstattung über jene Zusammenkunft bemerkt, daß das Zentrum in Westpreußen bisher immer nur zum Nachteil der Polen tätig gewesen sei, wie z. B. bei den Reichstagswahlen in den Kreisen Culm, Thorn und Briesen. Damals wurde nicht der katholische Geistliche, sondern, dank der Zentrumspartei, ein Lutheraner gewählt. Das ist eben der ausschlaggebende Standpunkt der Zentrumspartei! Einer von den Rednern bei der Dirschauer Zusammenkunft, Herr Dr. Schacht aus Culm, bemerkte, daß das Zentrum z. B. in Culm eine entscheidende Stellung erreichen könnte — allerdings nur mit Hilfe der Polen. Gerade die segensreiche Tätigkeit dieses Zentrumsmannes in Culm hat sich uns fühlbar gemacht. Wer unsere Verhältnisse in Culm nicht näher kennt, der wird den nachstehenden Vorfall für ein Märchen aus Tausend und einer Nacht halten, und doch bleibt die Wirklichkeit in der Tat Wirklichkeit.

Der oben erwähnte Zentrumsmann kämpft erbittert — unbekümmert aus welchen Gründen — gegen die schon längst von den Stadtvertretern beschlossene und von der Regierung genehmigte Kanalisation in unserer Stadt. Für diesen augenscheinlich fruchtlosen und heiklen Kampf gelang es ihm schließlich, auch einige Polen zu gewinnen, und zwar durch Vermittelung eines der Unsrigen, der als Direktor unserer Bank, es sei dem wie ihm wolle, gewisse Einflüsse besitzt. Und was geschieht nun: Jener Zentrumsmann mit unserm Herrn Direktor an der Spitze beruft eine öffentliche Versammlung nach dem deutschen Schützenhause ein — nach einem Orte, von welchem aus die meisten nationalen Beleidigungen auf uns fallen —, zu welcher sich etwa 300 Personen, darunter etwa 280 Polen bzw. Culmer Zentrumsleute, nach der Auffassung des Herrn Dr. Schacht, eingefunden hatten. Unser Herr Direktor als Vorsitzender dieser Versammlung eröffnete sie in deutscher Sprache, obwohl er der deutschen Sprache noch weniger mächtig ist als der polnischen Sprache, und erteilte das Wort dem Zentrumsmann Herrn Dr. Schacht, dessen erstes Wort eine Aufforderung an die Anwesenden war, ein Hoch bezw. ein Hurra auf den deutschen Kaiser auszubringen. Nachdem die Unsrigen den Herrn Bankdirektor an der Spitze erblickt hatten, riefen sie „hoch!" und zwar mit einer solchen Stimme, wie damals die Juden bei Jerichow — nur mit dem Unterschiede, daß die Mauern des deutschen Schützenhauses widerstandsfähiger waren, als die in Jerichow — und nicht zusammenstürzten! Sodann leitete unser Herr Direktor die Versammlung selbstverständlich in deutscher Sprache und erteilte den anwesenden Polen das Wort, die ihre Gedanken über den gegebenen Gegenstand in deutscher Sprache wie unter Foltern hervorbrachten. Man hätte dieses hören müssen! Zu guterletzt haben unsere Leute ein durch den Zentrumsmann Herrn Dr. Schacht verfaßtes Telegramm an den deutschen Kaiser beschlossen, welches in seinem ersten Teil etwa folgendermaßen lautete: 300 versammelte Bürger der Stadt Culm geloben Euer Majestät unabänderliche Gefühle der Liebe (!), Untertänigkeit, ewige Treue und Dankbarkeit!

Unser Herr Direktor als Leiter der Versammlung empfahl dieses Telegramm und ließ darüber abstimmen; die Unsrigen haben es einstimmig angenommen.

Nicht genug an diesen patriotischen Ergüssen, an welchen sich die Hakatisten reinsten Wassers hätten beteiligen können, gründete man zum Schluß zur Verewigung dieses historischen Tages einen Verein mit dem stolz lautenden Namen „Bürgerverein" angeblich zum Schutz der Interessen der Einwohner. Der Zentrumsmann Herr Dr. Schacht bemerkte, daß jener Verein auch Vergnügungen veranstalten werde, zu welchem die Anwesenden mit ihren Frauen und Kindern erscheinen können — um sich zu amüsieren — natürlich deutsch.

Unser Herr Direktor empfahl auch den „Bürgerverein", und die anwesenden Polen beschlossen wieder einstimmig die Gründung des „Bürgervereins" und einige Dutzend unserer Leute sind sofort demselben beigetreten.

So geschehen in Culm im Oktober 1910. Mehrere Tage später verurteilte das hiesige Schöffengericht unseren Herrn Direktor zu 9 Mark Geldstrafe oder 3 Tagen Gefängnis, weil er in einer polnischen Wählerversammlung in Culm sich der polnischen Sprache bedient hatte, worüber seiner Zeit alle unsere Zeitungen geschrieben haben.

Was für eine Ironie! Man weiß nicht, ob man darüber lachen oder weinen soll. Wo bleibt das Gefühl der nationalen Würde? Ihren Platz haben Schmach und Schande und nochmals Schande eingenommen! Für die Muttersprache züchtigte man unsere Kinder, für die Muttersprache mußten unsere Eltern und Geistliche Jahre lang in Gefängnissen sitzen und viele Geldopfer ertragen, für die Muttersprache wurde auch unser Herr Direktor bestraft und doch führte er das Volk auf Abwege!

Das ganze Zentrum in Culm besteht gegenwärtig nur aus einer sehr geringen Zahl von Personen, deren Führer Herr Dr. Schacht ist, und in seinen Bestrebungen unterstützen ihn ein gewisser Schuhmacher, unser Herr Direktor und ein Dr. med. Krefft.

In jener Versammlung im deutschen Schützenhause haben diese Zentrumsmänner augenscheinlich die entscheidende Rolle gespielt! Welches sollen die Früchte dieser Zentrumsarbeit sein? Wie soll dieses Volk sein, wenn diejenigen, welche sein Leitstern sein sollen, es auf Abwege führen?

Nun ist es uns genug, Herr Direktor! Zurück von dem Wege, so schnell wie möglich, damit wir uns nicht energischer und ausführlicher auszudrücken brauchen, denn hierdurch entsteht nur Schmach und Schande.

Culm, den 26. Dezember 1910.

Ludomir.

Aus Nr. 146 des Pielgrzym (Pelplin) vom 6. Dezember 1910:

Bei der Volkszählung

sind in vielen Orten, wie man uns berichtet, verschiedene Ungesetzlichkeiten vorgekommen. Bei vielen hat man die Zähllisten schon vor dem 1. Dezember abgenommen; in anderen Fällen haben die Zählbeamten in einzelnen Häusern überhaupt keine Formulare ausgegeben und sie nicht den Haushaltungsvorständen zur Ausfüllung überlassen, sondern sie haben ohne Weiteres selbst die Ausfüllung vollzogen. Manche Eltern hat man nur nach dem Religionsbekenntnis und nach dem Geburtsdatum gefragt, sonst nichts weiter, folgedessen hat der Lehrer selbst die Nationalität angegeben. An anderen Stellen hat man die Zählerkarten erst am 2. Dezember erhalten.

Diese Ungehörigkeiten werden unzweifelhaft Gegenstand der Beratungen im preußischen Abgeordnetenhaus auf Grund einer einzubringenden Interpellation sein. Zwecks gehöriger Darstellung der Ungehörigkeiten im eigentlichen Lichte, ist sämtliches Material erwünscht, welches den polnischen Abgeordneten nutzen kann. Wir bitten unsere Leser die auf Wahrheit beruhenden Einzelheiten uns zuzusenden. Nur solches Material kann von Bedeutung sein.

Aus Nr. 29 der Nasza Gazeta (Pr. Stargard) vom 6. Dezember 1910:

Wielle, Kreis Konitz.

Ich teile eine traurige Neuigkeit mit. Die Herren Sentkowski und Grodzki aus Graudenz haben hier von Herrn Kulczyk ein Grundstück zur Parzellierung gekauft. Da sie aber das Grundstück überzahlt haben und nicht alle Parzellen los werden konnten, haben sie den Rest an einen Deutschen verkauft.

Aus Nr. 146 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 6. Dezember 1910:

Löbau, den 27. November 1910.

Ich teile eine freudige Nachricht mit. Kürzlich hat hier Herr Kolecki, ein guter Volksgenosse, von einem Deutschen einen Laden gekauft, der sich schon lange Zeit in deutschen Händen befand. — Dem neuen Erwerber ein Glückauf! Die Red.

Jetzt haben wir hier 8 polnische Kolonialwarengeschäfte, 5 polnische Restaurationen und zwei Hotels mit Ausspannung, drei Eisengeschäfte, zwei Drogerien und eine Apotheke. Über den Mangel an polnischen Läden brauchen wir uns also nicht zu beklagen. Es ist nur notwendig, daß unser Volk die polnischen Kaufleute mehr unterstützt und nicht zu Andersgläubigen kaufen geht, die auf unsere Vernichtung bedacht sind. Wenn alle Landsleute alle Einkäufe nur bei den Ihrigen machen werden, dann werden unsere Kaufleute von anderen nicht so abhängig sein, und sie werden auch dreister in der Verteidigung unserer nationalen Schätze, wie des hl. Glaubens und der Muttersprache, auftreten können. Wir müssen aber auch wirklich dafür sorgen, daß die Losung „Jeder zum Seinen" nicht nur auf dem Papier existiert, sondern auch in die Tat umgesetzt wird.

Aus Nr. 143 der Gazeta Olsztynska (Allenstein) vom 3. Dezember 1910:

„Achten wir unsere nationale Würde"

überschreibt sich ein Artikel der „Gazeta Olsztynska", in dem es u. a. heißt:

Auch diejenigen treten ihre nationale Würde mit Füßen, die polnischer Abstammung sind, aber immer behaupten, sie seien Deutsche, oder sich für solche halten. Sie wissen zwar nicht, was sie tun, doch das ist gerade das Traurigste, daß der größte Teil des ermländischen Volkes in nationaler Beziehung noch nicht aufgeklärt ist, denn derartige Erscheinungen der Geringschätzung der nationalen Würde, die Verspottung des polnischen Namens und die Verleugnung der polnischen Abstammung ist nur dem Mangel an nationaler Aufklärung zuzuschreiben. — Diese Aufklärung aber in den Herzen und Seelen dieser Leute zu wecken, ist nicht so leicht, denn sie lesen keine polnischen Blätter. Und doch werden alle Ermländer erst dann rechte Polen werden, wenn sie sich ihres polnischen Namens nicht schämen, wenn sie einen richtigen Begriff von ihrer nationalen Stellung haben werden. Und das kann nur die Aufklärung vollbringen, also ein breit entwickeltes Lesebedürfnis; eine polnisch-katholische Zeitung, das ist der Apostel, der in erster Linie dazu berufen ist, diese erhabene, aber auch schwierige Aufgabe zu lösen.

Aus Nr. 144 der Gazeta Olsztynska (Allenstein) vom 6. Dezember 1910:

Versammlung des Wahlvereins.

Am gestrigen Sonntag (4. Dez.) fand in Allenstein die erste Versammlung des im Herbst gegründeten **„Polnischen Wahlvereins für Ermland"** statt. Die Beteiligung der Mitglieder war ziemlich zahlreich, auch die benachbarten Dörfer waren gut vertreten. Unter anderen war auch der Herr **Propst Dr. Bilitewski** aus **Wolfsdorf**, früher in Grieslinen, erschienen.

Der Vereinsvorsitzende, Redakteur Wlad. Pienienzny, eröffnete die Versammlung und teilte (in Vertretung des Schriftführers) nach Verlesung des Gründungsprotokolls des Vereins mit, daß der Vorstand den Namen des Vereins geändert habe, der jetzt nicht mehr ein Verein „für den Kreis Allenstein", sondern **„für ganz Ermland"** sei. Ihm können jetzt also auch Polen aus dem Kreise Rössel und aus anderen Kreisen angehören. Dann erklärte Herr Pienienzny in längerer Rede die Hauptziele und -Aufgaben des „Wahlvereins", welche sind: Die Möglichkeit der Veranstaltung polnischer Versammlungen, die Belehrung der Wähler über ihre Pflichten und ihre Vorbereitung zu den Reichstags-, Landtags-, Gemeinde-, Gewerbegerichts- und anderen Wahlen. Schließlich strebt der Verein dahin, daß jeder Pole im Ermland polnische Blätter und Bücher halten soll, aus denen man sich über verschiedene Gesetze und Vorschriften, aber auch über die Pflichten des Polen unterrichten kann.

Dann ergriff das Wort **Propst Dr. Bilitewski.** Er erklärte zunächst, daß er als polnischer Priester sich nach reiflicher Erwägung entschlossen habe, **mit dem heutigen Tage sich offen auf die Seite des polnischen Volkes zu stellen, mit ihm zu leiden und mit ihm zu arbeiten!** Dann munterte er zu zahlreichem Beitritt zum Verein auf, denn nur eine starke Armee organisierten und aufgeklärten polnischen Volkes könne die Polen erretten. Der Polen Organisation sei der „Wahlverein", während sie die Aufklärung aus polnischen Zeitungen und Büchern schöpfen sollten, deren Bestellung und Lesen er warm empfahl.

Die Versammelten dankten dem schätzenswerten Priester für die zugesagte Hilfe und die herzlichen Worte der Ermunterung.

Dann hielt Herr Pienienzny einen Vortrag über „den Reichstag, seine Entstehung und Zusammensetzung, sowie über die Bestrebungen der einzelnen Reichstagsfraktionen". Diesem interessanten Vortrage folgten die Versammelten mit Aufmerksamkeit. Nach Ernennung einiger Vertrauensmänner für die benachbarten Dörfer und nach Aufforderung zur eifrigen Agitation für den Verein schloß der Herr Vorsitzende nach dreistündiger Dauer die Versammlung mit dem altpolnischen Gruß.

Für sein Erscheinen und für die Worte der Aufmunterung brachten die Versammlungsteilnehmer auf Propst Dr. Bilitewski ein Hoch aus. — Wir fügen noch hinzu, daß Herr Propst Barczewski aus Braunswalde wichtiger Pr esterpflichten wegen zur Versammlung nicht erscheinen konnte.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 139 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 26. November 1910:

Betrifft unsere Angelegenheiten.

Vor zwei Wochen berichteten wir, daß der Verlag Polak des Abgeordneten Korfanty in Kattowitz in den Besitz der Genossenschaft Katolik in Beuthen über-

gegangen ist, an deren Spitze der Abgeordnete Napieralski steht. Es ist noch hinzuzufügen, daß nach Abschluß eines finanziellen Vertrages zwischen den Abgeordneten Napieralski und Korfanty eine politische Verständigung zustande gekommen ist, und zwar in der Form, daß die beiderseitigen Vertrauensmänner, etwa 400 an Zahl, nach Kattowitz zusammenberufen wurden, wo eine Diskussion stattfand, auf Grund deren es zu einer Versöhnung der beiden gegnerischen Lager gekommen ist.

Es ist bekannt, daß der Abg. Napieralski ständig die gemäßigte Partei, der **Abg. Korfanty** die **unversöhnliche**, zu keinen Zugeständnissen geneigte **radikale** Partei vertrat.

Darum drückt auch der größte Teil der polnischen Presse (im Großherzogtum Posen und in den anderen polnischen Teilgebieten sowie in der Fremde) ihr Erstaunen und ihre Entrüstung aus, daß Herr Korfanty nicht nur den Verlag seiner Blätter an das gegnerische Lager verkaufte, sondern daß er selbst in die Dienste des Hauptvertreters dieses Lagers Herrn Napieralski getreten ist, indem er bei ihm eine Stelle als Redakteur übernahm. (Grundsätzliche und ernste, teilweise aber auch scharfe Artikel schrieben in dieser Beziehung der Kurjer Poznanski, der Postemp, der Dziennik Berlinski u. a. m.)

Unseres Erachtens braucht man sich über die Richtung der polnischen Politik in Schlesien nicht allzu sehr zu ärgern und aufzuregen, denn in Schlesien haben wir in Wirklichkeit nur eine große Partei, und diese ist ausschließlich eine völkische Partei, die sich, wie anderwärts, in Konservative, Demokraten, Fortschrittler usw. nicht teilen läßt. Hier ist nur ein polnisches und katholisches Volk, und die geschlossenen Massen dieses Volkes bilden eine große angesehene Partei, die angesichts des geschlossenen Vordringens des Feindes in Parteien zu spalten und zu zersplittern nicht angängig ist; sie muß vielmehr in Einigkeit und Eintracht erhalten werden, es muß eine gesunde Aufklärung unermüdlich gefördert werden, damit wir uns behaupten, den polnischen Geist stärken und das Vordringen der Germanisation erfolgreich überwinden.

Unter diesen Verhältnissen kann man weder einseitig versöhnlich gestimmt, noch einseitig radikal sein, man muß vielmehr „einen dem Teiche entsprechenden Damm schütten". Das ist der Grundsatz, an dem die verdientesten und hervorragendsten völkischen Arbeiter und Journalisten im Großherzogtum Posen und in Westpreußen festhielten und den man auf Oberschlesien umsomehr anwenden muß, als hier die Lage des Volks und die Verhältnisse hinsichtlich der Weckung der Volksbewegung im Vergleich zu irgendwoanders abweichen und bedeutend schwieriger sind.

Wer aber schon durchaus an einen Erfolg und an das Bedürfnis glaubt, daß das Volk in besonderen Parteien zu organisieren sei, dem braucht man den Weg nicht zu versperren, sofern sich die Organisierung genau im Rahmen des Geistes unserer polnischen und katholischen Volksgesamtheit vollzieht, und vor allem sofern es sich um eine wirklich ernste Sache nicht um politisches Geschrei und Gezeter, insbesondere um kein journalistisches und politisches Banditentum handelt, das gerade in den letzten Jahren nicht zum geringen Teil unsere Verhältnisse vergiftet hat.

Auf die Schädlichkeit dieses Banditentums, auf die mannigfachen Erscheinungen des journalistischen, sozialen und politischen Gezänks, welches sich bei der gegenseitigen Bekämpfung der beiden gegnerischen polnischen Lager so rein, so deutlich und widerwärtig gezeigt hat, legen die Posener polnischen Blätter mit vollem Recht größeren Nachdruck, als auf den angeblichen Schaden, der aus der Verschmelzung der beiden Lager entspringt, die doch immerhin völkisch waren und unter den gegebenen Verhältnissen einzig und allein völkische Politik treiben konnten.

Parteien, die sich mit ehrlichen Argumenten und, wie sich der Kurjer Poznanski ausdrückt, mit ehrlichen politischen Waffen bekämpfen, können letzten Endes Nutzen bringen, vermeiden aber jedenfalls eine Schädigung der gemeinsamen Sache. Parteien dagegen, die einen persönlichen Kampf führen und journalistisches Banditentum treiben, sterilisieren den Geist der Nation, ziehen eine soziale Verwüstung nach sich und erzeugen wie bei uns in Schlesien die widerwärtigsten Fehler: Grenzenloses nationales Gezänk und schändlichen brudermörderischen Partikularismus.

Vor einer solchen „nationalen" Arbeit bewahre uns, o Herr! Die polnische Volksgesamtheit außerhalb Schlesiens aber, und insbesondere die Presse, welche die öffentliche Meinung macht, sei in Zukunft mehr auf der Hut und zolle nicht dort Beifall, wo ein Wort des Tadels mehr am Platze und Überlegung mehr zu empfehlen wäre! In der gegenwärtigen schlesischen Frage kann man die ganze Schuld nicht auf Einzelne abwälzen; hier muß sich die Volksgesamtheit die Schuld zum größten Teile auch selbst beimessen . . .!

Aus Nr. 276 des Postęp (Posen)
vom 2. Dezember 1910:

Politische Unaufrichtigkeit.

Seit der Zeit, als in Oberschlesien zwischen den polnischen Zeitungsverlegern und Abgeordneten Napieralski und Korfanty Frieden geschlossen wurde, ist eine gewisse Änderung eingetreten. Die Blätter Korfantys, der Polak und Kurjer Slonski, haben sich bis zur Unkenntlichkeit verändert. Während sie früher ständig bewiesen, daß das „Katoliklager" versöhnlich sei und sich mit den Deutschen verbrüdere, was auf das in dieser Beziehung wenig aufgeklärte oberschlesische Volk nachteilig einwirke, reden sie jetzt allen ein, daß die von den Zeitungen Napieralskis betriebene Politik tatsächlich gut gewesen sei — denn in Oberschlesien schadeten politische Parteien der polnischen Sache.

Die Haltung Korfantys nach dem geschlossenen „Frieden" befestigt seine bisherigen Gegner in ihrer Meinung. Die Abklatsche des „Katolik" bringen jetzt öfters Artikel, die ebenfalls von Behauptungen strotzen, daß das Volk in Oberschlesien unter besonderen Verhältnissen lebe und daher sich nicht in Parteien spalten dürfe. Und die Gazeta Opolska beweist in Nr. 139 vom 26. November, daß in Schlesien tatsächlich nur eine einzige große Volkspartei existiere, die man nicht in Konservative, Demokraten, Fortschrittler usw. teilen dürfe, wie es wo anderwärts möglich und vielleicht notwendig sei. Hier gebe es nur ein polnisches und katholisches Volk, schreibt das erwähnte Blatt weiter — und die geschlossene Masse dieses Volkes sei eine große und ernst zu nehmende Partei, die man angesichts des geschlossenen Vorgehens des Feindes nicht teilen und in Parteien zersplittern dürfe.

Ich führte diese Sätze aus der Gazeta Opolska, dem Abklatsch des Katolik, wörtlich an, doch nicht etwa in der Absicht, die Zeitung zu überzeugen oder mit ihr zu polemisieren, sondern ich stelle lediglich die Tatsache fest, daß diese Meinung das polnische Volk in Schlesien, in dessen Namen hier die Gazeta Opolska auftritt, nicht teilt. Die gebildeten Schichten dieses Volkes sind und werden anderer Meinung sein, was nachdrücklich hervorgehoben werden muß. Diese Schichten hielten und halten noch das „Katolik"lager für versöhnungs-

parteilich und glauben nicht an die Aufrichtigkeit des geschlossenen „Friedens“ zwischen Napieralski und Korfanty.

Die Meinung dieser Unzufriedenen ist vor allen Dingen ehrlich und gestützt auf starke ideale Beweise. Und nicht deswegen wollen sie zum konservativen Lager gehören, weil es vielleicht ein anderes wirtschaftliches Programm hat. Im gegebenen Falle geht es um eine wichtigere Sache als um die Magenfrage.

Die demokratischen Elemente, die vom „Katolik-lager“ „radikal“ genannt werden, nehmen die Dinge so, wie sie wirklich sind. Vor allen Dingen sehen sie, daß die „Katolikanhänger“ mit allen in Frieden leben und niemanden reizen wollen! Wohin ein solcher Frieden mit allen und überall führt, das sehen wir auf Schritt und Tritt. Die Leser des „Katolik“, die dieses Blatt schon seit 20 Jahren oder länger halten, haben einen sehr schwachen Begriff vom Polentum! Der Hauptdruck wird auf den Katholizismus gelegt. Die Mehrzahl spricht zu den Kindern polnisch, und die Kinder antworten deutsch — sie gehören deutschen — statt polnischen Vereinen an. Und wie viele von ihnen sind Mitglieder der „Kriegerferajnuw“??

Solche und ähnliche Erscheinungen können nicht mit Stillschweigen übergangen werden — auch darf man dem Volke nicht verbieten, besondere Vereine oder Parteien zu gründen. Auch in den anderen polnischen Landesteilen finden wir zwei Richtungen, die eine, die weniger empfindlich gegen die Bestrebungen verschiedener Germanisatoren ist, und die zweite, die in der Verteidigung des Polentums weder Opfer noch Mühen scheut. Die letzte Richtung gibt den Anstoß zur Arbeit auf nationalem Gebiet.

Statt nun sich selbst und andern einzureden, daß die Bildung von politischen Parteien inmitten großer Volksmassen — wenn auch in Schlesien, für die Sache verderblich sei — helfen wir lieber bei der Schaffung von notwendigen Institutionen. Es ist selbstverständlich, daß diese Parteien keinen Partikularismus, keine Klassenpolitik treiben dürfen, sie dürfen die Gesamtheit nach außen hin nicht schwächen. Angesichts des Feindes müssen alle inneren Parteikämpfe notwendigerweise zum Schweigen gebracht werden. Angesichts des Feindes müßten wir ein einziges geschlossenes und großes polnisches Volk bilden! Zweifel, ob beim Bestehen von Parteien dies möglich sein werde, haben keine Beweisgründe für sich, denn jeder Pole und jede Partei besitzt so viel Taktgefühl und Selbstbewußtsein, daß angesichts des Feindes weder die Person noch die Partei über die Angelegenheit und das Wohl der Nation gestellt werden wird.

Seien wir also gegen einander ehrlich, dabei wird die nationale Sache nur gewinnen.

Piechur.

Aus Nr. 143 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 6. Dezember 1910:

Betrifft unsere Angelegenheiten.

Der Korrespondent des Posener Postemp ist mit unserem Artikel, den wir unter obiger Überschrift in Nr. 139 der Gazeta Opolska veröffentlichten, nicht zufrieden, weil wir geschrieben haben, in Schlesien sei in Wirklichkeit nur eine einzige Partei, und zwar eine ausschließlich völkische Partei, für die es angesichts des geschlossenen Vordringens des Feindes nicht empfehlenswert sei, sich in kleinere Parteien zu spalten. Der Korrespondent schreibt in einem Artikel unter der sonderbaren Überschrift: „Politische Unaufrichtigkeit“ was folgt. — An die teilweise Wiedergabe dieses Artikels, der in der vorliegenden Nummer des Gesamtüberblicks vollständig abgedruckt ist, knüpft die Gazeta Opolska folgende Bemerkungen:

Abgesehen von dem Umstand, daß eine Partei und eine Institution zwei verschiedene Dinge sind, stellen wir fest, daß zwischen unseren Anschauungen und denen des Korrespondenten des Postemp kein allzu großer Unterschied besteht, um so weniger, als wir ja in unserem Blatte folgendes schrieben: „Wer aber schon durchaus an einen Erfolg und an das Bedürfnis glaubt, daß das Volk in besonderen Parteien zu organisieren sei, dem braucht man den Weg nicht zu versperren, sofern sich die Organisierung genau im Rahmen des Geistes unserer polnischen und katholischen Volksgesamtheit vollzieht, und vor allem, sofern es sich um eine wirklich ernste Sache, nicht um politisches Geschrei und Gezeter handelt . . .“

Die Schwierigkeit besteht aber darin, wie man die Bildung dieser anderen, angeblich notwendigen Parteien in Angriff nehmen soll, denn es hält schwer, etwas Idealeres und Erwünschteres zu ersinnen, als eine echt völkische Partei, die sich bei uns seit Karl Miarka bis in die gegenwärtige Zeit höchst günstig als eine Volkspartei entwickelt, die das ganze aufgeklärte und sich aufklärende Volk umfaßt, und angesichts deren alle anderen Parteiansätze trotz manchmal sehr großer Bemühungen und finanzieller Opfer erfolglos geblieben und zu Wasser geworden sind. —

„Im Angesichte des Feindes“ bildet diese Partei, wie der Korrespondent des Postemp wünscht, „ein einziges starkes, großes, geschlossenes polnisches Lager.“

Wir sind Anhänger einer solchen ungeteilten Partei ganz in demselben Sinne, wie viele andere polnische Blätter, z. B. der Dziennik Berlinski, der Wiarus Polski, die Gazeta Grudziondzka, die Gazeta Torunska usw.

Die Volkspartei in Schlesien schuf und schafft die „nötigen Institutionen“, und sie schafft sie, soweit es nur die Verhältnisse erlauben, mit dem besten Erfolg. Alles, was heut das polnische Volk in Schlesien hinsichtlich der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwickelung besitzt, verdanken wir der beständigen und beharrlichen Arbeit dieser Partei. Daß uns ihrerseits die Germanisation Schläge versetzt, oft unersetzliche Schäden zufügt, daran sind schon nicht die Partei oder ihre Blätter schuld, sondern dazu tragen die harten Verhältnisse, unter denen wir leben, und die äußerst traurigen Daseinsbedingungen bei. Die uns zu Boden drückende Kraft des preußischen Systems ist so groß, daß sie die schwächeren Elemente sogar in Westpreußen, ja selbst im Großherzogtum Posen, wo die einflußreiche und so lobenswert tätige polnische Intelligenz so zahlreich vertreten ist — geschweige denn in Schlesien —, zermalmt!

Gegen dieses Vordringen des uns feindlichen Systems wird uns die Bildung neuer Parteien unter dem Volke nichts helfen, uns vielmehr schwächen, zumal wir so wie so schon neben dem Hakatismus mit der polnischen sozialdemokratischen Partei zu kämpfen haben.

Angesichts dieser gefährlichen Lage, in der sich unsere Volksgesamtheit hier und überall im preußischen Anteile seit den frühesten Zeiten befindet, halten wir die Arbeit für die Volksgesamtheit, besonders für das Volk und den Mittelstand, unter der Fahne eines einzigen Lagers nach dem Muster und Programm z. B. des früheren Orendownik (Dr. Szymanski) sowie des Przyjaciel (J. Danielewski) für eine ersprießliche Sache. In Schlesien hielten an demselben Grundsatz der verstorbene Karl Miarka, der noch lebende Pfarrer Lic. Rudziejewski und seine Nachfolger, sowie

ihre früheren und heutigen geistlichen und weltlichen Bundesgenossen fest.

Möchte in dieser Beziehung überall und stets Einigkeit und Eintracht in der Arbeit und in unserem Handeln herrschen, wir werden dann am weitesten kommen und am meisten gute Ergebnisse erlangen.

Dies ist unsere persönliche Ansicht, ebenso wie wir auch in dem früheren Artikel ausschließlich unsere persönliche Auffassung geäußert haben, ohne daß wir uns auch nur im geringsten das Recht anmaßen, im Namen des ganzen Volks zu sprechen, wie uns der Korrespondent des Postemp zu Unrecht vorwirft. Wir messen uns vielmehr mit dem geehrten Korrespondenten mittelst ganz desselben Maßes, denn auch er kann desto mehr in keines anderen, als nur im eigenen Namen das Wort im Postemp ergreifen.

Wir verwahren uns schließlich gegen die falsche Information des Korrespondenten, daß die Gazeta Opolska ein Abklatsch des Katolik sei. Wenn dem so wäre, so müßte er doch seine Worte an den Katolik und nicht an die Gazeta Opolska richten. Seit mehr als 20 Jahren, d. i. seit ihrem Bestehen, war und ist die Gazeta Opolska ein selbständiger Verlag. Hinsichtlich des redaktionellen und politischen Programms haben wir eine klar gesteckte völkische und nationale Richtung, wir brauchten und haben nichts zu ändern, zu berichtigen oder zu widerrufen. Wir stehen auf demselben Standpunkt, auf welchem der frühere Postemp stand, der z. B. in einem Artikel seiner Nummer 90 vom 21. April 1903 (unter der Redaktion des tüchtigen Volksparteilers Stanislaus Knapowski) die „unselige allpolnische Politik" brandmarkte, mit welcher „die völkische Bewegung nicht sympathisieren kann! „Denn die vernünftige Allgemeinheit der Volksgesamtheit weiß sehr gut, daß politisches Gezeter in der Nation zu nichts Gutem führt."

Wir teilen auch vollkommen die in jenem Artikel des damaligen Postemp ausgesprochene Ansicht, daß nicht die Bildung von Parteien, sondern „die Ausbreitung der Aufklärung und des polnischen Empfindens in den breiten Schichten des Volkes heut die wichtigste nationale Arbeit ist."

Den anderen steht es frei, eine andere Anschauung zu vertreten, sofern sie nur angesichts ihrer eigenen „politischen Aufrichtigkeit" diesen freien Willen denen nicht absprechen, die einen solchen Vorwurf durch nichts verdient und nicht die mindeste Veranlassung haben, ihre Anschauungen in unaufrichtiger Weise zu äußern

---

Aus Nr. 279 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 4. Dezember 1910:

Wahlalarme.

(Termin der nächsten Wahlen. — Wahlvorbereitungen. — Absichten der Hakatisten.)

In den deutschen Zeitungen ist eine heftige Kontroverse wegen des Termins der nächsten Wahlen entstanden. Ein Blatt hat die Nachricht verbreitet, die Reichstagswahl werde erst im Januar 1912 stattfinden, was in der sozialdemokratischen Presse natürlich ein großes Geschrei hervorgerufen hat. Die sozialdemokratischen Blätter haben in ihrer Antwort natürlich den gegenwärtigen Reichstag zum Tode verurteilt und fordern ihre Abgeordneten auf, die Verhandlungen im Reichstage so zu stören, daß die Regierung den Reichstag auflösen muß. Dies ist ein dummer und schädlicher Rat, denn gerade in der laufenden Session hat der Reichstag für die Arbeiter äußerst wichtige Gesetze zu verabschieden. Wir erwähnen nur die Reichsversicherungsordnung, das Gesetz betreffend die Arbeitskammern, die Novelle zur Gewerbeordnung u. a. m.

Später erschien die angeblich aus guter Quelle stammende Nachricht, die Wahlen würden im Oktober stattfinden, wogegen wiederum die Landwirte Einspruch erheben, weil es im Oktober noch viel Feldarbeiten gibt, die der Agitation und Wahlbeteiligung hinderlich sind. Es scheint, daß den Wahltermin noch niemand kennt, daß ihn sogar die Regierung noch nicht festgesetzt hat. Aber man muß damit rechnen, daß die Wahlen im Herbst 1911 stattfinden werden.

Wohl noch niemals ist der Wahlkampf so zeitig begonnen worden, wie gegenwärtig. Alle Parteien arbeiten fieberhaft und ordnen ihre Reihen. Eine Versammlung nach der anderen findet statt, die Spalten deutscher Blätter sind mit Telegrammen über aufgestellte Kandidaten, über Wahlparolen, die von Parteiführern in Volksversammlungen, diesen Stätten politischer Übungen für uns, ausgegeben werden, ausgefüllt.

Nur bei uns ist es still. Unsere Wahlkomitees genießen noch die Ruhe und denken nicht an eine Aufstellung und Ergänzung unserer Reihen, sie denken nicht daran, geeignete Persönlichkeiten zu Kandidaten auszuersehen, obwohl sie doch wohl wissen, daß die nächste Legislaturperiode des Reichstags besonders für uns Polen äußerst schwierig und verantwortungsvoll sein wird, obwohl sie wissen, **daß z. B. in Oberschlesien fast alle bisherigen polnischen Abgeordneten Mandate nicht wieder annehmen werden.** Die Sozialdemokraten sind schon in voller Arbeit. Im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze hatten sie allerdings schon vor zwei oder drei Jahren einen Kandidaten in der Person des früheren Schuhmachers Biniszkiewicz ausersehen, den sie unseren Arbeitern als Erlöser empfehlen. Im Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz können sie sich unter einander nicht einigen. Die deutschen Sozialdemokraten haben einen Kandidaten in der Person des Genossen Hörsing aufgestellt, der kein Wort polnisch versteht, dagegen haben die Handlanger der roten Hakatisten zu ihren Kandidaten den Pasquillanten der Gazeta Gornicza Genossen Adamek auserwählt. Vor der Wahl wird sich also im Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz zunächst ein Kampf im roten Lager um die Person des Kandidaten abspielen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die vom deutschen Gelde lebenden polnischen Genossen den Weisungen ihrer Brotgeber, die ihnen ihre Markstücke nur unter der Bedingung geben, daß sie die polnische Bewegung nicht unterstützen dürfen, werden gehorchen müssen.

Die Hakatisten schlagen Alarm. Die berüchtigte Kattowitzer Zeitung ermahnt in einem riesenlangen Artikel alle Deutschen, vor allem aber die Deutsch-Katholiken, unter die hakatistische Fahne zu treten. Sie appelliert sogar an die urdeutschen Herzen der Konservativen, ihr Bündnis mit den Zentrumsleuten zu lösen, wenn diese nicht unter die hakatistische Fahne treten. Verräter der deutschen Sache nennt sie die Zentrumsleute.

„Dem geeinten polnischen Lager muß ein geeintes deutsches Lager gegenüberstehen." Das ist die Losung der Hakatisten, die in den Herzen der Deutschen zweifellos einen starken Widerhall finden wird.

Angesichts einer solchen Gestaltung der politischen Verhältnisse haben wir Polen die Pflicht, unsere Reihen noch fester zu fügen und zu einen, damit wir im ersten Anlauf die deutschen Angriffe abschlagen und im Sturm noch diejenigen Vorposten nehmen könnten, die mit Recht uns gehören.

Um dies aber zu erreichen, bedarf es vor allem der Eintracht, der Aufopferung und des guten Willens zur Arbeit. Leider haben wir unter uns einige Störenfriede, die keineswegs wegen der Verschiedenheit in den

überzeugungen, sondern deshalb, weil ihr Stolz beleidigt ist oder weil sie ihre materiellen Zwecke nicht erreicht haben, unseren Frieden stören und unterirdische Wühlarbeit verrichten. Diese Halbköpfe haben nicht einmal so viel nationales Ehr- und Schamgefühl, daß sie keinen Anstand nehmen, zu den Feinden des Polentums zu gehen und dort ihre Galle und ihren persönlichen Haß gegen die polnische Sache auszuschütten. Diese Schädlinge und Störenfriede werden wir, sie beim Namen nennend, brandmarken, um das Volk vor ihnen zu warnen, wenn sie ihre unkluge Arbeit nicht einstellen.

Liebe Brüder! Ein schwerer Kampf wartet unser im nächsten Jahre. Wir müssen uns beizeiten rüsten, und die beste Vorbereitung ist einträchtige, ein einziges Ziel erstrebende Arbeit. Jeder, der sich euch nähert und den Frieden stören will, ist im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Schädiger der nationalen Sache und als solcher zu behandeln. Drum vorwärts an die einträchtige und segensreiche Arbeit für unsere nationale und völkische Sache. „Durch's Volk für das Volk" sei unsere Losung!

Aus Nr. 280 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 6. Dezember 1910:

Politik bei der Volkszählung.

An der polenfeindlichen Politik interessierte Deutsche, denen die Volkszählung anvertraut war, haben stellenweise diese Gelegenheit benützt, um die Ergebnisse der dem Polentum feindlichen Politik der preußischen Regierung zu verbessern. Dies geschah überwiegend auf Dörfern, wo unser Volk niedergeschrien und eingeschüchtert ist, wo es aus Furcht seine Rechte nicht geltend macht. Heut erhielten wir aus verschiedenen Gegenden Briefe von unseren Lesern, in denen uns über bei der Volkszählung begangenen Unregelmäßigkeiten berichtet wird.

So schreibt man uns aus einem Dorfe, daß ein die Volkszählung ausübender Lehrer die Muttersprache der Einwohner nach seinem Gutdünken eintrug, ohne jemanden zu fragen, welches seine Muttersprache sei. Das Volk, welches polnische Zeitungen nicht liest, wußte überhaupt nicht, daß man auch die Muttersprache einträgt, und so machte der Lehrer im Dorfe Dutzende von Einwohnern zweisprachig.

Ein anderer Leser wiederum schreibt: Zum Nachbar kam ein Lehrer zählen. Er setzte sich an den Tisch, nahm zuerst die Familie des Nachbarn auf, dann die Familie meines Vaters, der die Familienmitglieder gar nicht kannte; die Muttersprache trug er ein, wie es ihm gefiel. In einem anderen Dorfe wiederum trug ein Lehrer die Muttersprache der Einwohner gegen ihren Willen als „polnisch und deutsch" ein, sobald ihm der Gefragte in deutscher Sprache antwortete; bei Schulkindern trug der Lehrer ein, daß sie „polnisch und deutsch" sind. Wegen dieser Ungerechtigkeit befragt, erklärte er, er unterrichte doch die Kinder und müsse deshalb wissen, welches ihre Muttersprache ist. Sogar Säuglinge trug er als „polnisch und deutsch," d. i. als zweisprachig ein, dies damit begründend, daß er diese Kinder unterrichten werde und sie zwei Sprachen sprechen würden.

Diese Beispiele genügen, um die bei der Volkszählung in den polnischen Landesteilen begangenen Mißbräuche zu kennzeichnen. Daraus drängt sich einem die Schlußfolgerung auf, daß es vielen Deutschen bei der Volkszählung darauf ankam, zu zeigen, daß die Germanisierung der polnischen Bevölkerung Fortschritte mache, daß es lohne, für diese Germanisation riesige Summen aus der Staatskasse auszuwerfen, daß die Germanisierungsarbeit derjenigen, die die Ostmarkenzulage beziehen, die von der Regierung und von den Hakatisten erwünschten Früchte zeitige. Und die Früchte dieser polenfeindlichen Politik hätten den Schein prächtiger Erfolge, wenn es bei der diesjährigen Volkszählung gelungen wäre, durch solche Kunstgriffe das Ziel zu erreichen, daß sich nur einer von den Kreisen, die bisher mehr als 60 Prozent polnischer Bevölkerung hatten, so „verdeutscht" hätte, daß die Bevölkerung scheinbar unter 60 Prozent heruntergegangen wäre. Dann würde man die Veranstaltung öffentlicher polnischer Versammlungen verbieten.

Es ist klar und einfach, daß wir alles Material, welches sich auf die bei der Volkszählung begangenen Unregelmäßigkeiten bezieht, sammeln und es unseren Abgeordneten übergeben werden, damit sie im Reichstag gebührenden Gebrauch davon machen. Darum bitten wir unsere Freunde, uns von allen diesen Mißbräuchen Mitteilung zu machen; wir behalten uns aber vor, nur von glaubwürdigen Nachrichten, die jederzeit bewiesen werden können, Gebrauch zu machen.

Diese im Vorstehenden beschriebenen Vorgänge müssen uns zu einer ernsten Erwägung über unsere Lage veranlassen. Diese Ungerechtigkeiten könnten nicht geschehen, wenn wir alle unsere Pflichten nach Gebühr erfüllen und wir nicht von Tag zu Tag gleichgültig dahinleben würden. Es zeigt sich wiederum, daß uns unsere Rechte in Ermangelung einer tatkräftigen politischen Organisation verloren gehen, daß infolge des Mangels einer Organisation des polnischen Elements, infolge ungenügender Aufklärung und Ausbildung des polnischen Volks die Ergebnisse des polenfeindlichen Kampfes von den in diesem Kampfe Beteiligten in falschem Lichte dargestellt zu werden pflegen. Die Regierung und die Hakatisten triumphieren dann, sie loben die ungerechte Politik als erfolgreich und fruchtbringend, gewöhnen die Meinung der deutschen Allgemeinheit an die polenfeindliche Politik nicht nur an, sondern sie gewinnen ihr sogar immer mehr Freunde.

Unseres Erachtens müßte gerade einer solchen Wendung der Dinge entgegengewirkt werden, unseres Erachtens müßte gezeigt und unwiderleglich nachgewiesen werden, daß die polenfeindliche Politik Preußens ihre Ziele nicht erreichen kann, daß sie die Polen nicht verdeutschen wird und eine Niederlage erleidet.

Dieses Ziel werden wir nur dann erreichen, wenn sich in jedem polnischen Hause eine echt polnische und nationale Zeitung, in jedem Dörflein ein rühriger polnischer Verein befinden wird, wenn wir alle polnischen Landesteile mit einem Netz von tätigen und tatkräftigen Organisationen überziehen werden.

Aus Nr. 278 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 3. Dezember 1910:

Ein neues Germanisationsmittel.

Das Oberbergamt in Breslau hat den Gedanken aufgerollt, obligatorische Fortbildungsschulen für junge Bergleute in Oberschlesien einzuführen. Wenn dieses Projekt Gesetz werden sollte, wäre es ein neues Germanisationsmittel. Vielleicht nicht so sehr ein neues, denn solche Schulen bestehen schon für Lehrlinge, aber immerhin würde das germanisierende Schulsystem auch auf die Grubenarbeiter unter 18 Jahren ausgedehnt werden. Diese Schulen sind für die Polen vielleicht gefährlicher als die Volksschulen, weil die Knaben, welche diese Schulen besuchen, der Aufsicht der Eltern nicht unterliegen, wie im jugendlichen Alter. Die heranwachsende Jugend, also diejenige, welche die Volks-

schule verlassen hat, verdeutscht sich rascher, als Kinder. Beweise hierfür haben wir an den Lehrlingen der verschiedenen Handwerkszweige, die gewöhnlich ganz verdeutscht sind. Infolge des Mangels an polnischen Handwerkern in Schlesien erleidet unsere Volksgesamtheit große Verluste. Sind doch die Handwerker unabhängige Leute, sie können sowohl auf politischem als auch auf kulturellem Gebiete ungehindert arbeiten, und das Wichtigste ist, daß die Handwerker in der Gemeindepolitik eine größere Bedeutung haben als die Arbeiter, weil sie gewöhnlich Wähler der zweiten Abteilung sind. Die verdeutschten Handwerker unterstützen sehr oft zum Schaden der Polen die Politik des Zentrums und der Hakatisten. Dem konnte dadurch gesteuert werden, daß das aufgeklärte Volk, welches seine Bedürfnisse bei Handwerkern befriedigt, auf die Handwerker einen Druck ausübte. — Aber kommen wir auf die Bergleute zurück. Die Fortbildungsschulen würden unsere bergmännische Jugend mit Macht germanisieren. Die Früchte dieser Schulen wären ganz dieselben, wie bei den Handwerkern, für uns Polen also sehr unvorteilhaft. Nicht allein das. Unsere bergmännische Jugend wäre verschiedenen Unbequemlichkeiten ausgesetzt. Die Tatsache allein genügt schon, daß sie schwer arbeiten muß, weshalb die geistige Arbeit sie noch mehr schwächen würde. Überdies wohnen manche bisweilen eine ganze Stunde Weges von der Grube entfernt, die Fortbildungsschulen sind aber gewöhnlich am Orte der Grube. Dieses „Vergnügen" genießen die Schlosser- und Gießerlehrlinge in den Hütten. Nach der Schicht eilen sie nach Hause, um sich zu stärken, zu waschen und anzukleiden, und abends müssen sie zur Schule zurückkehren. Daß von einer Erholung für diese Schüler nicht die Rede sein kann, ist klar. Was soll man da erst von den jungen Leuten in der Grube sagen, wo die Arbeit mehr ermüdend ist als eine andere Arbeit. — Wenn es also den Hakatisten gelänge, bei der Regierung und dem Landtag zu erwirken, daß ein solches Gesetz betreffend obligatorische Fortbildungsschulen für die jugendlichen Bergleute eingeführt würde, dann entstände für die Bergleute ein neues Joch, für die Polen aber eine neue Germanisierungsgefahr.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 23 des Robotnik Polski na Obczyźnie (Berlin) vom 1. Dezember 1910:

Mickiewicz.

Am 26. November sind 55 Jahre verflossen, als weit vom Vaterlande der Mann die Augen für ewig schloß, der das Vaterland liebte für Millionen, für den das Vaterland alles war, der alles, was er hatte, das Teuerste, für das Vaterland, für das geliebte Vaterland opferte. Wer dieser Mann ist, das hat jeder Leser längst geraten, das ist unser große Dichter, der König des Liedes — Adam Mickiewicz.

Kein Volk ehrt ihre größten Männer so, wie wir Mickiewicz ehren. Aber auch kein Volk hat seinen Dichtern so viel zu danken, wie wir unserem Mickiewicz zu danken haben.

Als sich unser Volk im größten Verfalle befand, als unser Vaterland zerrissen ward, als Verzweiflung alle Herzen zu erfassen begann, zeigte uns Gott seine Gnade und sandte uns einen Führer, der es verstand, die Verzweiflung in Freude, die Hoffnungslosigkeit in Hoffnung zu verwandeln. Gott schenkte uns einen Genius, der es verstanden hat, mit seinen Werken die ganze Nation zu neuen Taten anzufachen, sie zum Glauben, zur Hoffnung, zur Liebe zu führen.

Was die polnische Nation heute ist, das verdankt sie zumeist Mickiewicz. Deshalb ehren und rühmen wir diesen Mann auch in so hohem Maße. Und es gibt kein polnisches Kind, das nicht etwas von Mickiewicz wüßte oder gehört hätte. Es gibt keinen Polen, keine Polin, die nicht wenigstens ein Mickiewiczsches Werk hätten, die nicht wüßten, welche große Bedeutung sein Name für uns besitzt.

In allen Werken des Dichters finden wir die große und innige Vaterlandsliebe. Für alles das, was er uns gab, zeigen wir uns in der Weise ihm gegenüber dankbar, daß wir, wie er, das uns teuerste Ideal-Polen lieben. Für Polen leben wir, für Polen arbeiten wir, für Polen geben wir alles hin! Gehen wir allem aus dem Wege, was uns schaden könnte, vor allen Dingen dem, was zu unseren Fehlern zählte und noch zählt: der Feindschaft und der Uneinigkeit. Denken wir daran, was unser unsterblicher nationaler Dichter selbst sagt:

„Nur die geeinte Kraft kann uns vor dem Untergange bewahren!"

Aus Nr. 23 des Robotnik Polski na Obczyźnie (Berlin) vom 1. Dezember 1910:

Wir sind betrübt, o Gott!

(29. November.)

Wir sind betrübt, o Gott, daß umsonst geflossen sind
Unserer Urväter Tränen und Ströme Bluts,
Umsonst war ihre heilige Begeisterung,
Nichts ist übrig geblieben — nur tiefes Herzeleid.
Die mit Ruhm Bedeckten — kamen in das kühle Grab —
Daß es so geschehen — des sind wir betrübt, o Gott!

Daß alle Anstrengungen vergeblich waren,
Diese blutigen Kämpfe — die Heldentaten —
Bei Stoczek, Wawer, der Hoffnung Strahlen
Und die unsterblichen Lorbeeren bei Grochowo!
Daß die Hoffnung nicht erfüllte — des Blutes Meer —
Daß es so geschehen ist — des sind wir betrübt, o Gott!

Daß Du uns die Vergebung der Sünden versagtest, Herr,
Trotz der schmerzlichen Tränen der verlassenen Kinder;
Daß Dich nicht rührete unser Schluchzen,
Die aufrichtigen Gebete der Kinder, Schwestern, Frauen und Mütter
Und daß bis heute die Scham auf der Stirn entbrennt
Für die eigene Schuld — des sind wir betrübt, o Gott!

Alfred Kolec.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 542 der Nowa Reforma (Krakau) vom 26. November 1910:

Ein neuer Erwerb der Ansiedlungs-Kommission. — Beunruhigende Gerüchte. — Ein Kompromiß in Oberschlesien. — Ein reiches Geschenk. — Die Schicksale Professor Bernhards.

Der Ankauf der großen Koszmierzer Güter in der Provinz Posen seitens der preußischen Ansiedelungs-Kommission, worüber wir bereits vor einigen Tagen berichteten, spricht ebenfalls dafür, daß die preußische Regierung vorläufig an eine zwangsweise Enteignung des polnischen Grundes und Bodens nicht denkt. Anderenfalls hätte sich wohl die Ansiedelungs-Kommission mit dem großen und sehr überzahlten Ankauf aus deutscher Hand nicht überlastet, um so weniger, als die Möglichkeit des Überganges dieser, einem deutschen Fürsten gehörigen Güter in polnische Hände vollständig ausgeschlossen war. Die Verhältnisse sollen aber zur Zeit so liegen, daß es der Ansiedelungs-Kommission auch an Grund und Boden aus polnischer Hand, und zwar ohne Enteignung, nicht fehlen wird. Die Posener Blätter bringen gerüchtweise die Nachricht, daß zwei polnische Großgrundbesitzer mit der Ansiedelungs-Kommission oder mit deren Vermittlern über den Ankauf ihrer Güter in Unterhandlung stehen. Wieviel wahres an den Gerüchten ist, läßt sich vorläufig nicht feststellen. Die gegenwärtige polnische Landwirtschaft ist im allgemeinen gesund und gut gestellt, doch das beseitigt durchaus noch nicht die Gefahr, daß sich nicht unter den beinahe tausend größeren und mittleren polnischen Landbesitzern der eine oder der andere finden könnte, der nach den Judasgroschen verlangte. Vorläufig müssen wir uns mit der Hoffnung trösten, daß die Achtsamkeit und Entschiedenheit der dortigen polnischen Presse, die in der Sache bereits Alarm geschlagen, diesem schädlichen Bodenschacher und der neuen Kürzung der heimatlichen Erde hindernd in den Weg treten werde.

Aber auch sonst hat die preußische Regierung mit den in den polnischen Gegenden von der Ansiedelungs-Kommission angesiedelten Bauern viel Kummer und Sorge. Ein großer Teil von ihnen fängt, nachdem er hier das erträumte und ihm versprochene Paradies nicht gefunden und überdies von den Behörden durch allzu strenge Kontrolle seines ganzen Verhaltens belästigt wird, an sich zu entrüsten und droht mit dem Übergange zur politischen Opposition. Der von diesen Unzufriedenen gegründete besondere Bauernbund nahm den preußischen Junkern und überhaupt dem deutschen Großgrundbesitz gegenüber ebenfalls eine geradezu feindliche Stellung ein. Aber auch auf den von den deutschen Banken aufgeteilten Landgütern geht es nicht besser, auch hier herrschen Unzufriedenheit und Erbitterung.

Das in Oberschlesien zwischen den Abgeordneten Napieralski und Korfanty abgeschlossene Kompromiß fand jetzt die Bestätigung seitens der zu diesem Zwecke einberufenen Vertrauensmänner-Versammlung. Beide Abgeordnete hielten in der Versammlung Reden, in denen sie die von ihnen eingenommene Stellung erläuterten. Der Abgeordnete Napieralski versprach sogar, aus dem deutsch-katholischen Presseverbande des „Augustiner-Vereins" auszutreten, und entschuldigte sich damit, daß er ihm nur zum Schutze der polnischen Sache angehört habe. Bei dieser Gelegenheit gab er nochmals die Versicherung, daß er den Abgeordneten Korfanty, der bekanntlich in die Redaktion der Katolikblätter eintrat, in seiner politischen Tätigkeit durch nichts binden werde. Trotzdem werden in der polnischen Volkspresse des preußischen Anteils sehr skeptische Stimmen hinsichtlich der angeblichen Freiheit und Unabhängigkeit des Abgeordneten Korfanty laut.

Vor einigen Monaten schenkte, wie wir bereits berichteten, ein ungenannt sein wollender Patriot aus Warschau zu Händen des ehemaligen Abgeordneten und jetzigen Direktors der Industriebank, Bernhard v. Chrzanowski, als „Grunwaldspende" für den preußischen Anteil den Betrag von 25 Tausend Rubeln. Dieses ansehnliche, in deutscher Währung 51265 Mark betragende Geschenk teilte jetzt zu gleichen Teilen Direktor v. Chrzanowski zwischen dem Posener Straschverein und dem Volksbibliothekenverein für die eisernen Fonds dieser beiden Organisationen. . . .

Der bekannte Professor Bernhard, der durch seine Schriften über die wirtschaftliche Macht der polnischen Bevölkerung im preußischen Anteil für die neuen antipolnischen Ausnahmegesetze den Weg ebnet, hat anscheinend in seiner amtlichen Karriere kein Glück. Die Regierung hat ihn zwar zur Belohnung dafür zum Professor der Volkswirtschaftslehre an der Berliner Universität, sogar gegen den Willen der dortigen philosophischen Fakultät, in der die politische Nationalökonomie von den rühmlichst bekannten Professoren Schmoller und Wagner vorgetragen wird, ernannt. Bald entstanden zwischen diesen und dem Professor Bernhard Mißverständnisse, die in der Weise beigelegt wurden, daß Bernhard auf den Vortrag der Hauptgegenstände der Wirtschaftslehre verzichtete und überdies das Versprechen gab, daß er die Lehren Schmollers und Wagners über den Staatssozialismus öffentlich nicht bekämpfen werde.

Das Versprechen hat Professor Bernhard jedoch nicht gehalten. Er hat unlängst einen öffentlichen Vortrag gehalten, in dem er sich gegen die allzu intensive, von seinen beiden vorgenannten älteren Kollegen unterstützte Sozialpolitik des Staates wandte. Dies hat in der Universität einen großen Sturm hervorgerufen. Sämtliche Professoren haben mit Bernhard alle Beziehungen abgebrochen und von der Regierung dessen Beseitigung vom Universitätslehrstuhl gefordert. Wie sich die preußische Regierung aus dieser Angelegenheit herauswinden wird, ist schwer vorauszusehen.

Aus Nr. 545 des Czas (Krakau) vom 29. November 1910.

Der 29. November.

Der 29. November! Ein Jahrestag der Heldenkämpfe und Opfer, der Begeisterung und der Hoffnungen, sowie einer langen Trübsal. Ein Jahrestag — und doch gaben wir den Kampf nicht auf; wir führen ihn weiter, ohne Unterbrechung; nur Waffe und Methode änderten sich. Wir verteidigen uns tagtäglich gegen die Ausrottung, wir kämpfen um das Dasein und um die Erhaltung unserer Nationalität; wir führen einen Kampf nicht nur mit der rohen Gewalt und Gesetzlosigkeit, sondern auch mit dem gefährlichsten, dem unsichtbaren, unser sittliches Nationalwesen angreifenden Feinde.

Wir beweinen heute die Gefallenen und die Niederlagen, und dennoch waren sie keine fruchtlose Saat. Alle diese großen Tage und die Reihe schwerer Jahre vermehrten den Schatz unserer nationalen Überlieferung, bereicherten also den mächtigsten Hebel der Nation, ohne die überlieferte Sonderheit gibt es keine Nation. Der 29. November ist also keine Vergangenheit. Er lebt heute noch, so wie die Legionen, Kosciuszko und die mit dem Januar beginnenden Martern noch leben.

Das vergossene Blut werde ich nicht vergeuden.
Mit dem Blute werde ich die Felder und Auen fruchtbar machen
Und die Söhne dieses Blutes werde ich dereinst — dem Vaterlande opfern.

Wir sind stolz darauf, daß wir solche Jahrestage haben; wenn sie jedoch nicht das Andenken an den Sieg sind, wenn wir bis heute auf eine andere Weise, durch Arbeit und Aufrechterhaltung des nationalen Selbstbewußtseins fortwährend den Kampf führen, wenn wir in allen polnischen Landesteilen Gefahren ausgesetzt sind, so müssen uns gerade solche Jahrestage, wie der heutige, die Frage nahe rücken — weshalb? weshalb haben Widerwärtigkeiten und nicht des Sieges Lorbeeren unseren Weg gekennzeichnet?

Man trägt nicht straflos die Sündenlast einer ganzen Reihe von Generationen. Wir verstanden unser Blut zu vergießen, uns fehlte aber der politische Sinn; die Nation hörte nicht auf die Stimme ihrer besten Söhne. Wir wollen nicht die Trauer durch eine Schilderung der Schattenseiten unserer Lage noch vermehren, wir fühlen jedoch alle, daß in allen Landesteilen, in denen die polnische Sprache erschallt und polnische Grabhügel sich erheben, zur Erhaltung unseres Daseins die Beseitigung der Mängel und Fehler der Vergangenheit notwendig ist, daß politischer Verstand und nationale Solidarität nötig sind. Die Legionen, Kosciuszko, der 29. November und das Januarblut mögen uns an Skarga, Modrzewski, Staszyc, Wielopalski und an alle diejenigen erinnern, die es verstanden haben, daß das Gefühl ein Schatz sei, daß man aber verstehen müsse, von diesem Schatze Gebrauch zu machen.

Aus Nr. 556 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 30. November 1910:

Die deutsche Quelle der Marinemutereien.

Die Meuterei in der brasilischen Flotte, die bald zur Stürmung der Hauptstadt geführt hätte und lediglich dank der unerschütterlichen Treue der Landarmee unterdrückt wurde, war bekanntlich die Folge der Entrüstung, die in der Marine durch die Einführung einer außerordentlich strengen Zucht und barbarischer Strafmittel hervorgerufen wurde. Da nun die brasilianische Marine nach deutschem Muster organisiert worden und der Aufruhr gerade nach der Übernahme der Regierung durch den neuen Präsidenten Fonseca ausgebrochen war, der seine Sympathien für Deutschland durch Einführung deutscher Instruktoren für das Landheer deutlich zu erkennen gab, so kann es kein Wunder nehmen, wenn sich in Brasilien erregte Stimmen gegen das deutsche Beispiel erhoben und wenn man den Deutschen die sittliche Verantwortlichkeit für die letzten Vorkommnisse in die Schuhe schob.

Jetzt macht, angesichts der jenseits des Ozeans sich erhebenden Stimmen, ein ungenannter französischer Marineoffizier im „Journal de Paris" darauf aufmerksam, daß nicht in Brasilien allein die Einführung der deutschen Disziplin traurige Folgen gezeitigt habe. Er weist nach, daß, wo nur immer deutsche Offiziere in fremden Kriegsmarinen tätig waren, sich die Neigung zur Aufruhr unter den Marinesoldaten gezeigt hätte. In Griechenland, Portugal, Rußland, Brasilien und überall, wo es in den letzten Jahren zu revolutionären Ausbrüchen gekommen sei, habe die nach deutscher Art organisierte Marine die führende Rolle in dieser Bewegung gespielt. Nur die französische Marine sei, trotz aller Gerüchte von ihrer Zuchtlosigkeit, ganz zuverlässig, und dies wird durch die menschliche Behandlung der Besatzung erklärt.

Diese Bemerkungen haben natürlich in Deutschland einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht und die dortige Presse weist sie ganz entschieden zurück. Es ist aber Tatsache, daß sich als besonders geneigt zu revolutionären Handlungen die Flottenbesatzungen gezeigt haben, die nach deutscher Art organisiert und namentlich die mit Hilfe deutscher Instruktoren ausgebildet waren.

Aus Nr. 271 des Kurjer Poznański (Posen) vom 26. November 1910:

Schützenbund.

Lemberg, den 25. November.

Hier ist ein neuer Verein unter dem Namen „Schützenbund" gegründet worden. Zweck des neuen Vereins ist Weckung der Liebe zur Wissenschaft und **Kriegskunst** unter der polnischen Gesamtheit, besonders unter der Jugend. Darüber hinaus soll der Bund unter den Mitgliedern den Geist der männlichen Tüchtigkeit, Zucht und Zusammengehörigkeit pflegen. In erster Reihe organisiert der Schützenbund für seine Mitglieder eine Schieß- und Exerzierschule. Zum Vorstand gehören: Wl. Sikorski, Ingenieur, als Vorsitzender und die Herren Downarowicz, Ingenieur, Dr. Holzer, Dr. Konopacki, Ingenieur, A. Litwinowicz, Dr. Ostrowski und J. Sosnowski. Zur Revisionskommission, die gleichzeitig den Aufsichtsrat bildet, gehören: Gustav Daniłowski, Dr. Al. Lisiewicz, Ingenieur Hip. Śliwinski.

Aus Nr. 542 der Nowa Reforma (Krakau) vom 26. November 1910:

Die Angst vor Gespenstern.

Kaiser Wilhelm II. weilt zurzeit in Oberschlesien als Gast zweier dortiger Magnaten, des Fürsten von Donnersmarck und des Fürsten v. Ratibor. Heute kommt der Kaiser nach Beuthen Oberschles., aber nur auf eine halbe Stunde, um sich an der dortigen Enthüllungsfeier des Denkmals für seinen Vater, den Kaiser Friedrich III., zu beteiligen. Für die Dauer dieses kurzen Besuches traf die Beuthener Polizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit wahrhaft russische Anordnungen. So ist es z. B. den Einwohnern dieser Stadt heute nicht gestattet, Fremde bei sich zu beherbergen, die Straßen werden einige Stunden vor und nach der Ankunft des Kaisers für jeden Verkehr gesperrt, sogar den Bürgern ist es nicht erlaubt, ihre Häuser zu verlassen; ferner ist es nicht gestattet, auf den Dächern zu stehen usw. Hinter allen diesen Maßnahmen soll — wie die polnischen Blätter vermuten — eine hakatistische Intrige stecken, die die ruhige Bevölkerung als gefährlich darstellt, obwohl man dafür keine Beweise hat, denn der Kaiser weilte schon sehr oft in Polnisch-Schlesien, und es kam nichts vor, was Veranlassung zu einer Befürchtung für ihn hätte geben können.

Aus Nr. 542 der Nowa Reforma (Krakau) vom 26. November 1910:

„Los von Wittenberg."

Während die Deutschen in Österreich „Los von Rom!" rufen und sich von Rom lossagen, indem sie behaupten, der Vatikan knebele jede Freiheit, fängt man in Preußen an „Los von Wittenberg!" zu rufen, und zwar deshalb, weil der Protestantismus ebenfalls

jegliche Freiheit lahm lege. Unlängst trat der nicht so sehr wegen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, als wegen seiner eifrigen, außerhalb der Wissenschaft liegenden Propaganda bekannte Professor Haeckel aus der evangelischen Kirche aus, und die direkte Veranlassung zu diesem Schritte gab die Broschüre unter der Überschrift „Wissenschaftliche Fälschungen". In der Broschüre wurde Haeckel der Vorwurf gemacht, daß er zum Beweise für seine Theorie über die Abstammung die photographischen Aufnahmen der Embryonen fälschte. Der bekannte Zoologe Dr. Bran warf Haeckel geradezu Betrug vor. Außer dieser Veranlassung bezeichnet Haeckel noch andere, indem er aus Jena an die Zeitschrift „Zeit" schreibt: „Dies sind die Ursachen meines Austritts aus der evangelischen Kirche: Ich habe mich überzeugt, daß die Bedingung für einen Kulturstaat die Trennung der Kirche vom Staate, sowie der Schule von der Kirche ist. Ich sehe die wachsende Gefahr infolge der Angriffe seitens der Kirche auf die Freiheit der Wissenschaft und der Lehre, und diese Gefahr wird immer größer durch den Einfluß des schwarzblauen Blockes, mit dessen Hilfe die Klerikalen und Konservativen die geistige Freiheit bekämpfen." Zum Schluß kündigt Haeckel an, daß nächstens seine Antwort auf die vorerwähnte Broschüre im Druck erscheinen werde.

Aus Nr. 97 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Przemysl) vom 2. Dezember 1910:

Die galizische Finsternis und der polnische Schulverein.

Wie aus einem Berichte des Prof. Dr. Janik über die Volksschulverhältnisse in Galizien auf Grund amtlicher Quellen hervorgeht, hatten mit Beginn des neuen Schuljahres 1909/10 955 Gemeinden dieses Landes keine Schule. Wenn man erwägt, daß Galizien rund 6000 selbständige politische Gemeinden zählt, so hat somit $^1/_5$ derselben weder Schule noch Lehrer. Nur in 26 Schulbezirken besitzt jede Gemeinde eine Schule, während im Schulbezirke Lisko von 154 Gemeinden 70! ohne Schule sind. Zu den am meisten vernachlässigten Schulbezirken gehören überdies Biala, Brody, Debromil, Kolbuszowa, Krosno, Limanowa, Mielec, Mosciska, Nisko, Ropczyce, Rudki, Sanok, Turka und Saybusch. Nun ist es allgemein bekannt, daß von einem streng durchgeführten Schulzwang nicht die Rede sein kann, denn abgesehen davon, daß fast 1000 Gemeinden ohne jedwede Schule sind, wird derselbe selbst in den Gemeinden, die Schulen besitzen, nicht streng durchgeführt.

Im Jahre 1908/9 gab es in Galizien 1 411 916 schulpflichtige Kinder, von denen sich 263 646 zum Schulbesuche gar nicht einschreiben ließen, und von den eingeschriebenen besuchten 63 184 nicht die Schule. Da im Schuljahre 1907/8 die Summe der Kinder, die gar keinen Unterricht genossen, 594 372 betrug, im Schuljahre 1908/9 dagegen 584 914, also rund 10 000 weniger als im Vorjahre, so werden, wenn dieser Fortschritt in demselben Tempo anhält, erst in 56 Jahren, das ist Jahre 1966, alle Kinder in Galizien der Schulpflicht genügen und die Wohltat des schulmäßigen Unterrichtes genießen. Wahrlich ein trauriges Bild am Anfange des 20. Jahrhunderts! Das sind die Früchte der Autonomie des Landes, dessen Väter für allerhand andere Zwecke das Geld reichlich zur Verfügung stellen, für die Volksschule und für die Volksschullehrer jedoch aber keines haben.

Wie stellt sich nun der polnische Schulverein dazu? Wozu verwendet er das Geld, das von seinen Organen in allen öffentlichen Lokalen und sogar Ämtern, bei Tag und Nacht, ja selbst auf den Straßen bei allen möglichen Gelegenheiten in der aufdringlichsten Weise gesammelt wird! Ja, Bauer, das ist etwas anderes, das Geld braucht der Verein nicht zur Hebung der Volksbildung im eigenen Lande, sondern zu politischen Agitationszwecken. Der größte Teil fließt nach Schlesien zur Erhaltung der dort gegründeten Kampfschulen zu Polonisierungszwecken, als könnte Schlesien, dessen Volksbildung unter allen österreichischen Provinzen am höchsten steht, für seinen Bedarf an Schulen nicht selbst aufkommen. Nur ein geringer Teil der Jahreseinkünfte des Vereins wird im Lande verwendet, aber auch hier nur zu Agitationszwecken, siehe polnisches Realgymnasium und Lehrerbildungsanstalt in Biala u. dgl.

Im Ostrauer Gebiet erhält der Verein 5 Volksschulen, 2 Bürgerschulen und 5 Kinderbewahranstalten mit einem Jahresaufwand von 85 193 Kr. Der Teschener Schulverein, der von Galizien aus gleichfalls reichlich dotiert wird, erhält überdies dort 4 Schulen und 5 Kinderbewahranstalten mit 47 125 Kr. jährlich und ist für weitere Schulgründungen eifrig bedacht.

Bei diesem Stand der Dinge haben die Deutschen in Galizien trotz aller gerechten Vorstellungen für ihre Schulen vom Lande nicht viel zu erwarten, sie sind auf sich selbst angewiesen. Möge der Eifer, den unsere Gegner für nationale Zwecke an den Tag legen, uns zum Vorbild dienen und uns zu einer immer größeren Opferfreudigkeit anspornen, daß wir unseren völkischen Zwecken je länger, je mehr gerecht werden. Selbst ist der Mann!

B.

Aus Nr. 252 der Zeitschrift Zgoda Dziennik Związkowy (Chicago) vom 28. Oktober 1910:

Eine interessante Erscheinung.

Der „große Freund" der polnischen Nation, der geschätzte Kaiser Wilhelm, hatte in letzter Zeit eine neue Unannehmlichkeit. Es trat der Kriegsminister vor ihn und legte ihm einen Kollektivrapport des militärischen Sanitätskorps vor, in welchem die Ärzte die Aufmerksamkeit der Militärbehörden auf die erschreckend große und beständig wachsende Zahl von Fällen der geistigen Umnachtung unter den Soldaten aufmerksam machen. Diese Krankheit soll sich so gewaltig verbreiten, daß in nicht langer Zeit die Hälfte der besten Soldaten sich nicht unter der Waffe, sondern in den Spitälern befinden werde, sofern nicht irgendwelche radikalen Mittel würden in Anwendung gebracht werden.

Auf ein solches dictum acerbum begann der große Mann von Gottes Gnaden vor schrecklichem Zorn zu kochen, und er schleuderte das unfehlbare Wort hin: „Unwahrheit". Aber der Kriegsminister ließ sich nebst den Ärzten durch dieses Urteil nicht einschüchtern. Man unterbreitete dem Kaiser spezielle Zahlen unter Angabe der Regimenter und Kompagnien, sowie die Namen der Kranken. Der Kaiser wurde kleinlaut und begann über die Ursache der Epidemie nachzudenken. Soviel bisher bekannt geworden ist, hat sich die deutsche Klugheit bis jetzt nur zu einem Einfall aufgeschwungen. Die Soldaten werden verrückt, denn es bringt sie hierzu ihre Ernährungsweise. Man ändere die Ernährungsweise, und alles wird gut sein.

Wir wissen zwar nicht, welches das Menu des deutschen Kriegers ist, aber die Diagnose des Kaisers Wilhelm erscheint uns von vornherein als sehr unwahrscheinlich. Menschlich genommen wissen wir alle, daß

die Menschen, soweit es sich um die Ernährung handelt, entweder an Hunger oder an Freßsucht kranken. Man kann den Wahnsinn bekommen, wenn man beständig hungrig ist, besonders, wenn man um sich herum Gesättigte sieht. Solche Fälle kommen auf jedem Schritt vor. Andrerseits ist es schwer, nicht überzuschnappen, wenn jemand sich beständig an verschiedenen Delikatessen vollfrißt, und sie ohne Maß mit Spiritus begießt.

Es ist nun unmöglich anzunehmen, daß die Soldaten des Kaisers Wilhelm Hunger leiden müßten, oder daß sie sich maßlos vollfressen und vollsaufen. Daß erste läßt der deutsche praktische Sinn nicht zu, der da weiß, daß man einen Soldaten nähren muß, wenn man will, daß er den Karabiner schleppt. Was das zweite anbetrifft, so ist der deutsche Soldat wie jeder andere ein armer Kerl, der sich durschnittlich, sogar während des Urlaubs nicht mehr gestatten kann als ein Pfund Bratwurst und zwei Liter Bier, von einem solchen Luxus aber kann man manchmal Verdauungsstörungen, niemals jedoch Wahnsinn bekommen.

Die Ursache des Übels ist, wenn es tatsächlich so groß ist, wie die Zeitungen schreiben, wo anders zu suchen. Bei dem heutigen allgemeinen Heeresdienst repräsentiert jedes Jahreskontingent der Armee fast eine ganze Generation der Nation. Die ganze deutsche Nation aber macht heute, besonders in Preußen, nicht den Eindruck einer gesunden Nation. Diese beständigen Prozesse wegen Verbrechen verschiedener Art, dieser unbezähmbare Hochmut, dieser Dünkel, dieser Haß gegenüber anderen Nationen und dazu noch diese schreckliche allgemeine Trunksucht — alles das sind Zeichen eines krankhaften Zustandes. Fällt doch in Deutschland eine Schenke auf 150 Personen, wenn man also die Frauen und Kinder abrechnet, auf 30 bis 40 Männer. Die ganze Politik Deutschlands in den letzten Jahren hat viele Zeichen des Wahnsinns, namentlich zwei dieser Art — Großmannssucht und Verfolgungssucht. Und der beste Typus dieser Krankheit der ganzen Volksgemeinschaft ist Kaiser Wilhelm selbst. Wäre er nicht Kaiser, sondern General, Oberst, Kapitän oder Sergeant, so würde ihn zuerst jeder Arzt ins Spital senden. Und wieviel solcher Typen gibt es in Deutschland in der Armee, im Landtage, im Handel und Industrie und sogar in der Wissenschaft.

Es ist somit natürlich, daß die deutsche Jugend, geboren von ungesunden Eltern, erzogen von ungesunden Lehrern, mit Gift genährt von einer kranken Presse, in ihrer Lebenskraft unterbunden durch frühzeitige Trunksucht und Ausschweifung, wenn sie in die Kaserne unter die Faust gleichfalls ungesunder Offiziere und Korporäle gelangt ist, bei der ersten besten Kleinigkeit das Gleichgewicht verliert und in Wahnsinn verfällt. Die Stärkeren, von der Natur besser Ausgestatteten, oder hinsichtlich Geburt und Erziehung Glücklicheren schleppen sich so einigermaßen durch die Hölle des Militärdienstes hindurch; die Schwächeren fallen ihm zum Opfer und wandern in die Spitäler, in die Abteilungen der Verrückten.

Hier werden keine Konferenzen mit den Ärzten, noch eine Änderung der Ernährungsweise in den Kasernen helfen. Hier müßte man die ganze heutige Generation umwandeln, die ganze Nation gesund machen. Hierfür fehlt es dem heutigen Deutschland an großen Leuten in allen Kreisen und Berufen, es fehlt an Leuten, welche den Kampf kühn aufnehmen mit dem Übel, welches die ganze Nation verzehrt, und welche sich an das schwierige Werk der Reform heran machen. Die Leute, welche heute an der Spitze der deutschen Nation stehen, mit geringen Ausnahmen in den letzten Zügen liegende Greise aus einer vergangenen besseren Epoche, sind gewiß fähige Spezialisten, jeder in seinem Fach, aber als Menschen sind sie klein, sehr klein. Vom Kaiser angefangen, welcher heut das Enteignungsgesetz unterschreibt, morgen Andacht abhält, übermorgen ein Bild malt oder eine Oper komponiert und dann einen Vortrag über die Herkunft seiner Gewalt von Gott hält bis zum Korporal, welcher sich täglich wie ein Vieh besäuft und die Rekruten ins Gesicht schlägt, ist die ganze Armee in der Hand von anormalen Leuten, und gewiß kann auch die Flotte sich nichts Besseren rühmen. In den Parlamenten und im Landtage (?) des deutschen Reichs gibt es je 20 Parteien und je ein paar hundert Schwätzer, aber von großen, gesunden und klugen Leuten ist nichts zu hören. Nach dem Tode Richters gibt es heute mit Ausnahme des alten Bebel nicht einen einzigen deutschen Parlamentarier, dessen Name jedermann bekannt wäre. Es sind auch heut keine deutschen Namen von Weltruf mehr zu finden, weder in der Wissenschaft, noch in der Kunst, noch sogar in der Industrie, die sich angeblich so glänzend entwickelt.

Krupp lebt heute nicht mehr, und auch er war krank an verschiedenen widernatürlichen Verirrungen. Wenn heute der Name irgend eines Deutschen jemals die ganze Welt durchfliegt, so, daß ihn für einen Augenblick jeder Zeitungsleser sich merkt, so wird das der Name irgend eines Eulenburg oder etwas von dieser Gattung sein. Allerdings, es leuchtete für einen Augenblick Graf Zeppelin auf, ein gesunder und ganz ordentlicher Mensch, aber auch ihm war beschieden, größere Berühmtheit zu erlangen durch seine Mißerfolge, als durch seine Erfindung. Fürwahr, wenn man die geringfügigen, aber immer zahlreicheren Erscheinungen von Abnormität und geistiger Verarmung Deutschlands überdenkt, so kann man sich schwer der Überzeugung erwehren, daß sich für diese stolze, reiche, gelehrte und heut noch so mächtige Nation Zeiten des Falles, Zeiten der Strafe und Buße nähern.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.